

Der Lübecker Volksbote erscheint am Montag mittags jeden Werktag, Sonnabend und Sonntag - "Welt u. Zeit" frei Haus pro Woche - Montag bis Sonnabend - 45 Reichspf. Einzelverkaufspr. 10 Reichspf.
Redaktion: Johannistraße 48
Geschäftsr. 905 nur Redaktion
Geschäftsr. 926 nur Geschäftsr.



Einheitspreis für alle aufgepflanzte Zeitungen oder deren Raum 20 Reichspfennige, auswärtige 80 Reichspfennige. Versammlungen, Arbeits- und Wohnungszettel 10 Reichspfennige. Reklamen 90 Reichspf.
Geschäftsr. 926 nur Geschäftsr.
Geschäftsr. 905 nur Redaktion

Südwesten

Volksboten

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 90

Montag, 19. April 1926

33. Jahrgang

Bruch in Sachsen

Der Tragödie letzter Teil

Dr. L. Lübeck, 19. April.

Seit über zwei Jahren eiert das Geschwür der Uneinigkeit am Körper der Sozialdemokratischen Partei Sachsen. Nun ist es zur offenen Spaltung gekommen. Am 15. April teilte der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Sachsen dem Landtagspräsidenten mit, daß nur noch die Fraktionsminderheit, die sogenannte sozialistische Linke, mit ihren 18 Abgeordneten die Vertretung der Sozialdemokratischen Partei darstelle. Im Anschluß daran gaben diese 18 Abgeordneten dem Landtag zur Kenntnis, daß sie von nun an eine eigene selbständige sozialdemokratische Fraktion bilden, mit besonderem Vorsitzenden, beiderdem Fraktionszimmer usw.

Damit hat die Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die sogenannten 23 Rechten, ihren offiziellen Charakter als Vertretung der Sozialdemokratischen Partei verloren. Sie wird von der Parteiorganisation nicht mehr als sozialdemokratisch anerkannt.

Über - diese 23 Abgeordneten sind Koalitionspartei. Sie tragen die gegenwärtige sächsische Regierung der großen Koalition, ihr Mitglied Heldt ist sogar Ministerpräsident. Die Spaltung der Fraktion ist also keine schwarzliche Episode, sie ist eine Katastrophe von grundlegender Bedeutung und - wahrscheinlich - von verderblicher Auswirkung.

Ununterbrochene Mühe wurde von allen Seiten in den letzten zwei Jahren aufgewandt, um das letzte bittere Ende des Zwistes zu vermeiden: die Spaltung der Partei. Es war alles vergebens! Zu tief lagen die Ursachen der Meinungsverschiedenheiten im Grundzüglichen, und zu tief auch war persönliche Feindschaft beiderseits eingefressen. Ausgangspunkte waren, wie bekannt, der alte Streit um die große Koalition und das Experiment mit einer sozialistisch-kommunistischen Koalition. Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Experiments entschied sich die Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion für Teilnahme an einem Kabinett der großen Koalition. Die Minderheit zögerte sich zunächst diesem Beschlüsse, appellierte aber dann an die Landesorganisation. Der Bezirksparteitag entschloß gegen die Regierungsteilnahme und forderte den Ministerpräsidenten Heldt auf, zurückzutreten. Heldt aber weigerte sich und blieb im Amt.

Es ist nachträglich und aus der Entfernung schwer, Schuldfragen zu stellen und zu beantworten. Diese erste Ablehnung Heldts aber war ohne Zweifel der Hebelpunkt, von dem die ganze verhängnisvolle Entwicklung ausging. Ein Regieren gegen klare Beschlüsse der Organisation kann nicht zu Gute kommen. Trotzdem können wir uns vorstellen, daß Heldts erste Weigerung Sinn und Zweck hatte und sich vor jeder Instanz vertreten ließ. Die Genossen im Landtag und in der Regierung konnten der Meinung sein, daß die große Koalition der einzige Ausweg war und daß über kurz oder lang auch die Parteiorganisation ruhiger oder jedenfalls anders darüber denken würde. Wenn sie also versuchten, Zeit zu gewinnen, so war das ein Standpunkt, für den jedermann schließlich einiges Verständnis aufbringen mußte.

Aber auf gar keinen Fall durfte das Zuwiderhandeln gegen klare Organisationsbeschlüsse, der Meinungsstreit zwischen Abgeordneten und Mitgliedernrechte zu einem Dauertzustand werden. Als nach dem ersten Jahr die Meinungsverschiedenheit nicht verschwand, sondern im Gegenteil immer größer wurde, da mußte die Landtagsmehrheit unter allen Umständen die Konsequenzen ziehen und aus der Regierung austreten. Sie hat es nicht getan; sie hat den Kampf gegen die sogenannte Linke aufgenommen; eine erbitterte persönliche Kampfweise zerriss und verfeindete die beiden Fraktionsteile.

In diesem Streit hat selbstverständlich auch der Parteivorstand eine Rolle gespielt. Daß diese Rolle taktisch sehr geschickt ge-

wesen wäre, werden selbst die fanatischen Freunde unserer Parteileitung nicht behaupten wollen. Es steht fest, daß die Bildung der großen Koalition durch die Rechte auf den Rat des Parteivorstandes vollzogen wurde. Und auch die erste Ablehnung der Mehrheit gegen die Organisationsbeschlüsse scheint die Billigung der Parteileitung gefunden zu haben. Der Vertreter des Parteivorstandes - Gen. Dittmann. - beginnt damals sogar die Ungehorsamtheit, gegen die Führer der Linken persönlich Stellung zu nehmen, indem er sie in einem Vorwärts-Artikel als streberhafte „junge Lehrer und Redakteure“ bezeichnete. Selbstverständlich trug so etwas nicht zur Enspannung bei, sondern erhielt die Linke erst recht gegen den Parteivorstand. Zweifellos stand ja auch der Parteivorstand mit seinen Sympathien ganz und gar auf Seiten der Rechten. Dabei spielten natürlichweise persönliche Belanntschaften und Freundschaften mit; die Führer der Rechten waren eben die albfaktenen Führer der Parteiorganisation gewesen. Diese persönlichen Sympathien haben auch die Vertreter des Parteivorstandes immer wieder verhindert, den notwendigen Ausgleich zu finden, der gerade im Interesse der 23 am ehesten notwendig gewesen wäre. Und auch der Parteitag als höchste Instanz entschied sich für die Rechte.

Allerdings fragten damals schon die Einsichtigen, was alle Beschlüsse gegen die Politik der sächsischen Partei nützen sollen, wenn neun Zehntel der Parteimitglieder diese Politik für richtig halten und unentwegt darin festbleiben. Der Heidelberger Beschuß gegen Sachsen mußte deshalb nur eine schöne Geiste bleiben, die nur noch mehr Verwirrung hervorrief.

Als wenige Wochen nach Heidelberg der Streit mit doppelter Härte weiterlorde, da wurde endlich auch in Berlin das Kind beim richtigen Namen genannt. Der Streit, ob große Koalition oder nicht, ist eine Anschauungsrede, in der es nie eine absolute Einigkeit geben wird. Deshalb mußte dieser Streitpunkt überhaupt beiseite geschoben werden. Thema der Auseinandersetzung konnte nur sein: Wie wird der ewige Parteikampf aus der Welt geschafft?

Schließlich blieb auch dem Parteivorstand nichts mehr anderes übrig, als der Rechten den Regierungsauftrag zu empfehlen. Unterdessen war aber die Feindschaft so eingefressen, daß bei der dadurch herbeigeführten Landtagsauflösung alle 23 Abgeordneten der Mehrheit auf ihr Mandat nicht mehr rechnen konnten. Sie fühlten sich deshalb vom Parteivorstand verlassen und verraten. Und deswegen weigerten sie sich jetzt erst recht, den Regierungsauftrag zu vollziehen. Sie veröffentlichten dagegen verschiedene vertrauliche Schreiben des Parteivorstandes, sie nahmen die bürgerliche Presse zu Hilfe im Kampf gegen die sozialdemokratische Organisation. Das bedeutete das törichtlose Verschneiden des sozialdemokratischen Tückisches, das einzige und allein die beiden Flügel noch verbunden hatte. Darauf geschah die Bildung einer neuen sozialdemokratischen Fraktion durch die 18. Die Spaltung war vollzogen!

Wir sehen keine Möglichkeit mehr, diese für die sächsische Sozialdemokratie auf jeden Fall verderbliche Tatsache aus der Welt zu schaffen. Die Fraktion der 23 existiert weiter unter dem Titel „alte sozialdemokratische Fraktion“. Und ihre Führer Titel waren bereits in Aussicht gestellt, daß sie bei den regulären Landtagswahlen im Herbst mit eigenen Listen auftreten werden.

Das würde höchstwahrscheinlich auch eine Spaltung in der Organisation bedeuten. Doppelt verhängnisvoll deshalb, weil auch die Gewerkschaften in ihrer Einstellung zum Streit in sich gespalten sind. Der sächsische Richtungsstreit wird sicherlich die Sturzkraft der sächsischen Sozialdemokratie auf Jahre hinaus schwächen. Jene Genossen, die aus irgend welchen persönlichen Gefühlen oder aus weicher Menschenheit den Schnitt gegen die 23 Rechtsabgeordneten nicht rechtzeitig vollziehen konnten oder wollten, haben eine schwere Verantwortung auf sich geladen gegenüber der Gesamtpartei. Viel zu spät hat Berlin im Streit die Parole ausgegeben: die Partei über alles!

Ein ungeheuerlicher Strafantrag

2 Jahre Gefängnis gegen Asmus beantragt, da er sich „mit dem Mob der Straße eins gefühlt habe“

Chemnitz, 17. April.

Am achten Verhandlungstage erhält der Oberstaatsanwalt Dr. Weber zur Fortsetzung seines Plädoyers das Wort. Zunächst entschuldigt er sich, er habe selber nicht geglaubt, daß seine Schlußrede so lange dauern würde! Aber die Schuld liegt an dem Angeklagten, denn dieser habe von seiner Rechtsfeindschaft während der Verhandlung einen so reichen Gebrauch gemacht, daß seine Schlußrede so lange dauern müsse. Dann wandte sich Dr. Weber den gestern noch nicht behanderten „Illustrationsfällen“ zu und begründete die Anklage in der schon bekannten Weise. Er betonte immer wieder besonders stark, daß die Politik in diesem Prozeß keine Rolle spielt. Es sei nur zu untersuchen, ob sich der Angeklagte mit dem Mob der Straße eins gefühlt habe. Endlich begann er nach etwa sechsstündigem Rede mit der Begründung der bekannten seben Anklagepunkte. Besonders war es zu sehen, wie er im Fall Schäfe sich aus der peinlichen Situation retten wollte, da er ja die Einstellung der Anklage seinerseits für richtig gehalten und gedeckt hatte. Bekanntlich wurde später auf dem Umwege über das Reichswehrministerium der Fall zur Anklage gebracht. Die Behandlung erbrachte nichts Wesentliches.

Im Schlusse seines circa stündigen Plädoyers kam der Anklagevertreter zum Strafantrag. Er beantragte für jeden der sieben Fälle eine Strafe von sechs Monaten Gefängnis und zog die Gesamtstrafe zu einem Antrag von zwei Jahren Gefängnis zusammen. Von einem Ehrverlust oder Zuchthaus-

strafe, wie ihn das Gesetz vorsieht, bei er, Abstand zu nehmen. In der Nachmittagsitzung ergriff Dr. Levi das Wort zu einer vierstündigen Verteidigungsrede. Er wies darauf hin, daß der Reinwaschungsversuch der Anklagebehörde nicht geblüht sei. Ihre Absicht sei gewesen, Dr. Asmus von seinem Posten verdrängen zu lassen. Da das nicht ohne weiteres zu erreichen war, mußte dieses Verfahren eingeleitet werden. Dem Generalstaatsanwalt wies der Verteidiger nicht weniger als sieben große Entwicklungen nach. Ironisch behandelte Levi u. a. auch die plumpen Ausfälle des Anklägers gegen Zeigner und dessen „Kreaturen“. Der Generalstaatsanwalt hatte sich am Sonnabend allerdings gerächt gesehen, den mehrfach gebrauchten Ausdruck von den „Kreaturen Zeigners“ zurückzunehmen; gnädig gab er zu, daß Zeigner eine ganze Reihe höchst ehrenwerte Personen in höheren Stellungen gebracht habe. Levi schloß seine Ausführungen: „Dr. Asmus war kein Mann, der den Mantel nach dem Winde zieht.“ Damit war sein Schicksal besiegt, und wäre es auch gewesen, wenn er in den sieben Anklagefällen anders gehandelt hätte. Asmus hat in einer schweren Zeit seine Arbeit getan. Seine Hände sind rein. Ich erwarte die Freiprechung, und nicht nur das. Es kommt auch auf die Begründung an. Geben Sie dem Freispruch die ehrenvolle Begründung, die er verdient. Hier handelt es sich darum, einem Mann, der seit Jahren verfolgt wurde, seine Ehre wiederzugeben.“ - Die Verhandlung wurde daran am Montag fortgesetzt.

Deutschland und Rußland

Die Darstellung Stresemanns

Stuttgart, 19. April. (Radio.)

Der Reichsausßenminister wollte am Sonntag aus Anlaß der Jahrestagung der Deutschen Volkspartei Württembergs in Stuttgart. Er benutzte das erste Mal nach seiner Rückkehr von seinem Osterurlaub aus Locarno diese Gelegenheit, um sich über die vielbesprochenen deutsch-russischen Verhandlungen zu äußern. In ihren wichtigsten Stellen besagt die Rede folgendes:

„Es ist für mich sehr schwer, über Vertragsverhandlungen zu sprechen, die noch in der Schwebe sind. Der Vorwurf, daß die deutsche Regierung über diese Vertragsverhandlungen die aussändische Presse zuerst informiert hat, ist vollständig abwegig. Eine solche Information ist selbstverständlich nicht erfolgt, wohl aber eine Information der Mächte, die mit uns den Rheinpakt geschlossen haben. (Das ist in gewissem Sinne praktisch das gleiche. Warum Stresemann die Parteiführer nicht ebenfalls unterrichtet hat, verschweigt er natürlich. Die Redaktion.) Wir hielten es für richtig, diejenigen, mit denen wir uns über alle außenpolitischen Grundfragen geeinigt hatten, auch über diese Verhandlungen auf dem Laufenden zu halten. Ein System, dessen Gegenwärtigkeit sich durchaus empfehlen würde. Wer die Vertragsverhandlungen mit Russland als eine Abseit von der Locarno-Politik ansieht, verkennt den Grundgedanken dieser Politik.“

Der Reichsminister fuhr dann fort:

„Die Verträge von Locarno beweisen die Friedenssicherung in Europa. Sie hatten keinen aggressiven Charakter gegen irgend eine Macht. Wenn die russische Propaganda lange darauf eingestellt war, in den Verträgen von Locarno eine Art Kriegsangst gegen Rußland zu sehen, so darf ich darauf hinweisen, daß diese Auffassung bei den Aussprachen in Locarno von Chamberlain, Briand und Vandervelde ebenso zurückgewiesen worden ist wie von unserer Seite. Wenn Deutschland mit Rußland Vertragsverhandlungen führt, die für beide Mächte daran hinausgehen, sich einer aggressiven Handlung gegen einen der beiden Staaten nicht anzuschließen, und im übrigen in wirtschaftlichen, freundschaftlichen und beiderseits vorteilhaftesten Verhältnissen zu bleiben, so ist das ein Grundgedanke, den auch andere Staaten ihrem Verhältnis zu Rußland zugrunde gelegt haben. Es kann für uns nicht entscheidend sein, welche innerpolitische Verfassung in Rußland besteht. Wir haben nur das allgemeine deutsche Interesse zu wahren, um Deutschland Zeit für eine ruhige Entwicklung nach innen und außen zu geben. Wenn die Verträge mit Rußland zum Abschluß kommen, so werden sie die natürliche Ergänzung von Locarno sein, um diesen obersten Grundgedanken der deutschen Politik ernst zum Ausdruck zu bringen.“

Der Reichsausßenminister betonte einleitend in seiner Rede u. a. noch folgendes:

„Ich lege großes Gewicht auf die Betonung der Tatsache, daß nach Auffassung der am Rheinpakt beteiligten Mächte die Lage Deutschlands so aufzufassen ist, als ob Deutschland dem Völkerbund bereits angehören würde. Ich lege hieraus größtes Gewicht, weil mir in einem Telegramm Briands die Reduktion der Bevölkerungstruppen fest zugesagt worden ist, für den Zeitpunkt, in dem Deutschland in den Völkerbund einztritt. Ohne unsere Schuld ist dieser Zeitpunkt hinausgeschoben worden und deshalb darf das Wort Briands von der bereits erfolgten moralischen Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund keine Phrase sein.“

Die Friedensverhandlungen in Marokko

Große Schwierigkeiten

Paris, 19. April. (Radio.)

Im Lager Bertrand hat am Sonntag die erste Begegnung zwischen den Vertretern des Riffs und dem französischen diplomatischen Delegierten stattgefunden. Die erste Begegnung hat bereits zu weitgehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Delegierten geführt und zwar hauptsächlich in der Frage der Entfernung Abd El Krim's aus dem Rif, sowie zu dem von Frankreich und Spanien geforderten Vorstoßen der Front um 6 Kilometer. Auch in der Frage der Vertretung der einzelnen anständlichen Stämme konnte keine Einigung erzielt werden. Die Vertreter des Riffs konnten insgesamt den von Frankreich und Spanien geforderten Bedingungen zum Abzug eines Raffenstillsstandes nicht endgültig stimmen und äußerten den Wunsch, sich zunächst mit dem Riff in Verbindung zu setzen. Die Verhandlungen wurden deshalb unterbrochen und am heutigen Tage werden sich die Bevölkerungsgruppen Abd El Krim mit dem Flugzeug wieder nach dem Riff begeben. In drei Tagen sollen die Verhandlungen neu aufgenommen werden.

Die Abgesandten Abd El Krim haben kurz vor Eröffnung der Verhandlungen Pressesprecher erklärt, daß sie zu der Konferenz mit dem festen Willen kämen, Frieden zu schließen. Sie hätten von den Friedensbedingungen Kenntnis genommen und seien überzeugt, daß ein Friedensschluß möglich sei, wenn die beiden Parteien gegenseitig Konzessionen machen. Um zu einer Einigung zu gelangen, seien die Vertreter des Riffs bereit, Verhandlungen zu führen und weitgehende Konzessionen zu machen.

Vor wichtigen Entscheidungen

Die deutsch-russischen Verhandlungen / Das neue Fürstenabfindungskompromiss
Das Kompromiss für die deutschnationalen Parteien

Die Reichstagsferien nehmen mit dem Ablauf dieser Woche ihr Ende. Ein Teil der Ausschüsse wird schon in den nächsten Tagen wieder zusammentreten, um die Arbeit des Plenums vorzubereiten. Auch der

Auswärtige Ausschuss

dürfte auf Antrag der Sozialdemokratie eine Sitzung abhalten, nachdem der Reichsaußenminister am Montag aus seinem Österreich zurückgekehrt sein wird.

Es ist nicht vor das Recht, sondern die Pflicht des Reichstags, solange es noch Zeit ist, seine Meinung zu den schwedischen deutsch-russischen Verhandlungen zu sagen, und es wird bei dieser Gelegenheit insbesondere von sozialdemokratischer Seite nicht an Kritik gegenüber der Regierung schließen, die es zwar für richtig hält, das Ausland, nicht aber die Parteien über ihre Aktion zu unterrichten. Wahrscheinlich ist nicht zuletzt auf diese unverständliche Haltung des Reichsaußenministers und Außenministers die nicht von der Hand zu weisende Beunruhigung in einzelnen europäischen Landesteilen zurückzuführen. Alles sagt sich z. B. in Prag mit Recht, daß Verhandlungen, die sich angeblich im Rahmen des Vertrages von Locarno halten, nicht nach dem Muster der alten Geheimdiplomatie geführt zu werden brauchen. Die Sondertagung des Auswärtigen Ausschusses muß deshalb vor allem Aufklärung darüber bringen, warum die deutsch-russischen Verhandlungen bisher unter dem strengsten Siegel der Geheimhaltung geführt wurden und aus welchem Grund die Parteien nicht unterschrieben worden sind, obwohl die Regierung sicher kein mühte, daß ihre diplomatische Aktion ohne weitere allseitige Unterstützung gefunden haben würde, wenn sie tatsächlich eine Gefährdung des Vertrages von Locarno nicht in sich hätte.

*

Auch der am Dienstag beginnenden

Sitzung des Rechtsausschusses

wird ebenso wie in der Tagung der Kommissionen für Auswärtige Angelegenheiten im In- und Ausland allgemeines Interesse entgegengebracht. Die Fürstenabfindung erregt nicht nur die Gemüter in Deutschland. Die Art, wie sie erfolgt, ist für das Ausland in seinem Urteil über die Existenzfähigkeit der Republik ein nicht unwesentlicher Faktor.

Es ist bezeichnend, daß der neue und dritte Kompromisstwurf nicht, wie es im allgemeinen bei wichtigen Ereignissen üblich ist, dem Rechtsausschuss offiziell von den Regierungsparteien vorgelegt wird, sondern vorsichtig noch als Privatarbeit einzelner Abgeordneter aus der Regierungskoalition betrachtet werden soll. Die Regierung will ebenfalls offiziell mit dem Entwurf nichts zu tun haben; sie würdet ihre Hand, um sich, wenn Not am Manne ist, auf diese oder jene Seite morden zu können. Alles das zeigt, daß die Koalitionsparteien ihrem eigenen Willen jedoch nicht trauen.

*

dritte Kompromiß

Über die Fürstenabfindung bedienter im Vergleich zu den vorangegangenen Entwürfen zweifellos einen Fortschritt, und dennoch wurde es jedoch von den Regierungsparteien als ungenügend betrachtet. Aus diesen Gründen wurden die neuen Verhandlungen notwendig. Sie führten vor wenigen Tagen zu dem vierten Fürstenabfindungskompromiß, dessen Wortlaut leider den echten Standort der Unabhängigkeit bestätigt. Die Regierungsparteien deuten trotz des Wollsegebrems mit seinem großen Erfolg doch nicht die geringste Neigung, dem Volkswillen zu entsprechen, wenn es sich als ungenügend erkannter Entwurf geäußert hat, zu verbüren und eine möglichst hohe Anrechnung an den Gegenwart und eine möglichst hohe Anrechnung zu finden. Ganz hat man sich bemüht, den Begriff des Staats- und Privat-

eigentums klarer zu formulieren und dem Sondergericht in dieser Beziehung bestimmte Bindungen aufzuerlegen; auch wurde dem Altkanzler des preußischen Finanzministers im wesentlichen entsprochen, aber in allgemeinen soll die richterliche Instanz, in der berufsmäßige Richter ausschlaggebenden Einfluß haben, auch jetzt noch nach freiem Erneben und unter dem Gesichtspunkt der Billigkeit entscheiden. Von der „Vertrauenskrise“, in der sich unsere Justiz gegenwärtig befindet, und ihren fortgeschrittenen Fehlurteilen haben die bürgerlichen Parteien scheinbar immer noch nichts vermerkt. Sie sind bis jetzt nicht einmal geneigt, wie es die Sozialdemokratie fordert, die Wahl des Richter durch den Reichstag vorzunehmen zu lassen; auch ein überwiegender Einfluß des Laienlements wird weiterhin abgelehnt.

So besteht nach wie vor die Gefahr, daß sich die richterliche Instanz in ihrer Weisheit von formaljuristischen Erwägungen leiten läßt und die ausdrücklich berufsmäßigen Richter nach ihrem monarchistischen Herzen urteilen. Der Sinn der großen Volksbewegung gegen die Fürsten wird dadurch mit Hilfe der bürgerlichen Parteien in ihr Gegenteil versetzt.

*

Es fragt sich nun, wie der Kompromisstwurf bei seinem ungenügenden Inhalt im Reichstag verabschiedet werden soll. Die bürgerlichen Mittel, als deren Produkt der neue Entwurf zu betrachten ist, braucht auf jeden Fall, auch wenn das Gesetz nicht verfassungswidrig wäre, Unterstützung, da sie nur eine Minderheit im Reichstag ist. Vorläufig ist zwar noch keine Einigung darüber erfolgt, ob das Gesetz verfassungswidrig ist oder nicht; aber es ist trotz des Einbruches des Reichsministeriums des Innern anzunehmen, daß die Regierung dem Gesetz entgegen dem klaren Wortlaut der Verfassung einen verfassungswidrenden Charakter zuspricht und damit zu seiner Verabsiedlung eine Zweidrittelmehrheit erforderlich wird. Die Entscheidung darüber fällt im Verein mit anderen Faktoren (z. B. den Millionendurchsetzungen an die Kirche auf Grund des Konkordats) dem Staatshaushalt ein Defizit von rund 30 Millionen verursacht hat, das noch fortgesetzt weiter steigt. Außerdem wurde aber seit einigen Jahren der bürgerlichen Oberschicht Bayerns Tag für Tag eingehammert, daß Dr. Held die einzige staatsmännische Potenz sei, über die Bayern verfüge, und so konnte sich Dr. Held angesichts des drohenden Staaterfalls auch nicht mehr vor der Aufgabe der Staatsvereinfachung drücken, die der sozialdemokratische Innenminister im Jahre 1919/20 einleitete, deren Erfolg aber damals allerdings von den gleichen Leuten, die heute in der Sorge um ihre eigene Machtsstellung dieselben Probleme anfassen müssen, sabotiert wurde. Des Ministerpräsidenten Vereinfachungspläne stehen aber auf allen Seiten, nicht zuletzt bei seinen Freunden auf den schärfsten Widerstand, sodass Gefahr im Verzug ist und die Aktion ins Wasser fällt, der Staat Bayern weiter den Weg berg geht und Dr. Held sein ganzes politisches Prestige ver spielt. In diesem Falle wäre selbstverständlich auch die Parteiherrschaft der bayrischen Volkspartei außerordentlich gefährdet.

Auf jeden Fall ist von den Deutschen nationalen für das neue Kompromiß keine Unterstützung zu erwarten. Sie lehnen den Entwurf grundsätzlich ab, ohne ihn jedoch zur Regelung der Fürstenabfindung gänzlich der Mitarbeit zu verschließen. Ihr Wunsch ist, ein Sondergericht so mit der Abfindung zu betrauen, daß möglichst alle Forderungen der Fürsten entsprochen wird und damit die

deutschnationalen Parteien

auf Jahrzehnte hinaus große Mittel zur antirepublikanischen Propaganda erhalten. Die Volkspartei geht zwar nicht soweit, aber auch sie würde das Gesetz lieber mit den Deutschen nationalen als mit der Sozialdemokratie verabschieden. Diese Möglichkeit dürfte jedoch bei der Einsetzung des Zentrums und der Demokraten von vornherein ausgeschlossen. Die Zentrumstraktion steht unter starkem Druck der rebellierenden christlichen Arbeiterschaft; auch die Demokraten wünschen sich vor Zuschriften aus dem Lande nicht zu retten. Ihre Anhänger wünschen eine viel radikalere Haltung und drohen, nicht nur für den Volksentscheid zu stimmen, sondern auch offene Propaganda zu machen.

Es wird unter diesen Umständen in den nächsten Tagen nicht an Versuchen fehlen, die Stimmen der Sozialdemokratie für den festigen Gesetzentwurf zu gewinnen. Um sich hat die Fraktion jedoch bereits in den vorausgegangenen Beratungen des Rechtsausschusses an der positiven Gestaltung des Fürstenabfindungskompromisses beteiligt. Sie wird in dem gleichen Sinne weiter verfahren und durch Abänderungsanträge versuchen, den Gesetzentwurf in seinen wesentlichen Teilen anders zu gestalten. Die Frage, ob die Sozialdemokratie schließlich für den Kompromisstwurf im Plenum des Reichstages stimmen wird, hängt deshalb davon ab, in welchem Maße sowohl die bürgerlichen Parteien zur Aenderung ihres Entwurfes bereit erscheinen. In dem Volksentscheid ändert sich natürlich in einem Falle auch nur das geringste!

Das

Die Pensionäre der Republik

200 Minister a. D. erhalten Ruhegehalt

Im Reichsbahnbudget für 1926 sind für Beamte- und Verwaltungsbeamte 1.855.455 Mark eingeplant, darunter für Zwecke des Militärvertrags allein die Summe von 1.470.018 Mark. Wie natürlich die Republik daran bedacht ist, auch die wohlverdienten Freunde der Republik zu erhalten, ergibt sich daraus, daß sogar die „Gehaltspläne für Zukunft militärischer Orden und Ehrenten“ weiter berücksichtigt werden. Im Staat sind dafür rund 1000 Mark angelegt. Der Gehalt der Ehrenpension wird nun zwar von der neuen Verfassung ausdrücklich untersagt, aber den Sachverhalten bereits verliehener Leben und Ehrengeldern wird ein recht zufriedenstellend Geld ausgeschüttet. Die Empfänger verzichten in der Regel mit einer kühnartigen Freude auf die Republik.

Unter den Ersparnissen für Zwecke der Zivilversorgung, die auf 55.467.000 Mark beläuft, fällt besonders die hohe Zahl der zu berücksichtigenden Ehrenpensionen, Minister und Staatssekretäre a. D. zum erzielten Haushaltsumfang und für das Jahr 1926 als Vorratsförderung zu berücksichtigen:

6 Reichskanzler,
12 Reichsminister,
18 Staatssekretäre

Durch sie ist die Zahl der pensionierbaren Beamten über doch lange nicht erhöht. Es kommen noch hinzu die zahlreichen Beamten der Länder. Und wenn man bedenkt, wie bald gerade in den Jahren 1920 und 1921 die Zahl der Beamten der Republik erheblich gesunken ist, kann man bei einer Schätzrechnung zu dem Ergebnis gelangen, daß letztere der Gewaltkreis der Abgeordneten Zweck als erzieltes erreicht hat.

Die deutsche Republik hat, unter der gegenwärtig amtierenden Ministerie des Reiches und der Länder, momentan rund 70, nach einer 210 pensionierbaren Beamten a. D. zu zufriedenstellen.

Die weitere Zahl addieren hat Nachweis der Beamtenberichte, welche hier Minister a. D. erzielen berichtet, der leichter der Fall ist als erwartet. Die Kanzlei schreibt die ganze Biografie und in der Republik ist erfuhr, daß die Reichsregierung höchstens nicht beruhende Kosten, ihren mestimulierten Beamten nicht zu berücksichtigen. Dem Kanzler besteht keine Gewalt mehr; darf er so ein Kapital an die Kriegerfürsorge abführen, sondern er darf es nicht einfach richten. Aber es gibt noch andere Gründe, die er nicht einfach berücksichtigen wollen. Der Kanzler vertritt die Interessen der Arbeiter und Brot für alle seine politischen Kameraden ist ein großer Vorteil. Die Kanzlei hat auch den früheren Reichskanzler a. D. zu berücksichtigen. Dieser ist momentan die Sicherheitsbehörde des Reichsministeriums als Dienstleiter im öffentlichen Dienst, was er am 1. August kommt, erwartet werden.

Gestern war die Reihe der pensionierbaren Kämmerer und Beamten soviel, so daß man überzeugt auf beide letzteren Beobachtungen

Der Reichskanzler in München

Bayern braucht Geduld

Der Münchner Besuch des Kanzlers und der Reichsminister ist vorüber; er fand keinen äußerlichen Abschluß in der Beurteilung der Ergebnisse dieser ganzen, vom Ministerpräsidenten persönlich inspirierten Aktion ist im Augenblick nur schwer möglich, da die Ausprache im engsten Kreise gesperrt wurde, aus dem selbst der amtliche Presseapparat nach jeder Richtung hin völlig und mit Absicht ausgeschaltet wurde. Auch das öffentliche Hervortreten des Kanzlers auf dem sogenannten kulturpolitischen Bankett am Sonnabend ließen den wirklichen Hintergrund des Besuches nicht erkennen. Die Höflichkeit, die Luther dabei einem sogenannten ausgewählten Kreis bayrischer Kulturträger sagte, hätten auch bei jeder anderen Gelegenheit und an jedem anderen Ort ebenso gezeigt werden können.

Es ist immerhin anzunehmen, daß der Kanzler- und Ministerbesuch im wesentlichen auf ein rein innerbayrisches und persönliches Interesse des Ministerpräsidenten Held zurückzuführen ist. Nach dem öffentlich abgegebenen Urteil eines einsam im Königlichen Bayern maßgebenden Politikers, der heute der bayrischen Volkspartei angehört, leidet Bayern an einem übermäßig angewachsene Verwaltungssapparat, der im Verein mit anderen Faktoren (z. B. den Millionenverpflichtungen an die Kirche auf Grund des Konkordats) dem Staatshaushalt ein Defizit von rund 30 Millionen verursacht hat, das noch fortgesetzt weiter steigt. Außerdem wurde aber seit einigen Jahren der bürgerlichen Oberschicht Bayerns Tag für Tag eingehammert, daß Dr. Held die einzige staatsmännische Potenz sei, über die Bayern verfüge, und so konnte sich Dr. Held angesichts des drohenden Staaterfalls auch nicht mehr vor der Aufgabe der Staatsvereinfachung drücken, die der sozialdemokratische Innenminister im Jahre 1919/20 einleitete, deren Erfolg aber damals allerdings von den gleichen Leuten, die heute in der Sorge um ihre eigene Machtsstellung dieselben Probleme anfassen müssen, sabotiert wurde. Des Ministerpräsidenten Vereinfachungspläne stehen aber auf allen Seiten, nicht zuletzt bei seinen Freunden auf den schärfsten Widerstand, sodass Gefahr im Verzug ist und die Aktion ins Wasser fällt, der Staat Bayern weiter den Weg berg geht und Dr. Held sein ganzes politisches Prestige ver spielt. In diesem Falle wäre selbstverständlich auch die Parteiherrschaft der bayrischen Volkspartei außerordentlich gefährdet.

In dieser schwierigen Situation versucht nun Dr. Held, seine bayrischen Verwaltungssorgen mit der Innenpolitik der deutschen Republik zu vergleichen, um bei einem Scheitern seiner Pläne die Hauptverantwortung auf den sogenannten „Zentralismus der Republik“ abwälzen zu können. Das ist der Hintergrund der seit einigen Tagen von der bürgerlichen Regierung ausgegebenen Devise „Bayerns Notwendigkeit zur Heraushebung seiner Staatsausgaben“ laut überhaupt erst bei gutem Willen des Reiches erfüllt werden. Diese taktische Seite der Heldschen Aktion bietet aber zugleich auch die günstige Gelegenheit zu einem neuen Vorstoß Bayerns gegen das Reich von Weimar. So haben die bayrischen Ultrasöderalisten bereits am Sonnabend die Parole ausgegeben, daß die geplante Staatsvereinfachung überhaupt nur dann einen Sinn hat, wenn ihr eine Stärkung der eigenen Staatlichkeit Bayerns vorausgegangen sei. Das ist der Sinn der zweiten bayrischen Denkschrift an das Reich, mit der man Luther in München bearbeitet hat. Die praktische Auswertung seines diesmaligen Besuchs in München aber ist die persönliche Rückendeckung für die um sich und seine Parteiherrschaft ringende Ministerpräsidenschaft Dr. Held.

Wieder ein Zeichenunglüd

2 Tote

Rellinghausen, 19. April (Radio). Auf der Höhe Rellinghausen ereignete sich ein schweres Unglück. Ein großer Teil der aus einer Schütteltröhre liegenden Kohle stürzte plötzlich ab. 4 Bergleute wurden verschüttet. 2 davon konnten nur als Leichen geborgen werden, während die anderen 2 unverletzt davontaten.

Das deutsche Eigentum in den Vereinigten Staaten

Der gegenwärtige Stand der Mills-Bill

J. 3. New York, 16. April.

Die nach Deutschland gelangten Meldungen über den Verlauf der Debatte in der Frage der Mills-Bill im Senatsausschuss scheinen zu einer Überprüfung der oppositionellen Kräfte geführt zu haben. Es kann kaum angezeigt werden, daß der Ausschuss im günstigen Sinne berichtet und das Plenum die Bill schließlich annehmen wird. Denn die Administration, die die Durchsetzung des Mills-Bill selber wünscht, verfügt über die erforderliche Stimmenzahl. Die Situation im Senat läßt allerdings die Gefahr der Verhinderung einer Annahme der Bill in der jetzigen Session infolge von Obstruktion der Minderheit zu. In der Dezember-Session könnte dann das Schiff der Mills-Bill durch den Aussang der Republikaner beeinträchtigt werden. In der Winter-Session würde sich zwar die Zusammenfügung des Senats noch nicht ändern, doch würde die bei den Wahlen zum Ausdruck gekommene Haltung der Wähler hinsichtlich von Fragen wie derjenigen des Völkerbundes mehrere Senatoren bestimmen. Auch wäre es möglich, daß die Opposition dann die leicht hässliche Beiden hinsichtlich der Durchführbarkeit des Dames-Bills weiter bestehen wird. Anrath erhofft, die die Mills-Bill befürwortenden Kräfte, die Geschäftsräte, noch während der vorwährtlichen Sitzung durchzubringen. Besonders der Schiffsteller wird darauf hingewiesen, daß der betreffende Kasten der Bill eine Entschädigung von nicht über hundert Millionen für Schiffe, Patente und Kunststoffen vorstellt, also die untere Hälfte sonst fast so kostbare ist, wie eine bestimmte Summe für den Betrag der Entwicklung des Schiffbaus in dieser Haltung bisher nicht berechnet wurde und daß dies erste noch gerechtfertigt ist. Röhren sind in dieser Sichtweise durch die Kräfte der Opposition nicht vertreten. Auch wäre es möglich, daß die Opposition dann die leicht hässliche Beiden hinsichtlich der Durchführbarkeit des Dames-Bills weiter bestehen wird. Anrath erhofft, die die Mills-Bill befürwortenden Kräfte, die Geschäftsräte, noch während der vorwährtlichen Sitzung durchzubringen. Besonders der Schiffsteller wird darauf hingewiesen, daß der betreffende Kasten der Bill eine Entschädigung von nicht über hundert Millionen für Schiffe, Patente und Kunststoffen vorstellt, also die untere Hälfte sonst fast so kostbare ist, wie eine bestimmte Summe für den Betrag der Entwicklung des Schiffbaus in dieser Haltung bisher nicht berechnet wurde und daß dies erste noch gerechtfertigt ist. Röhren sind in dieser Sichtweise durch die Kräfte der Opposition nicht vertreten. Auch wäre es möglich, daß die Opposition dann die leicht hässliche Beiden hinsichtlich der Durchführbarkeit des Dames-Bills weiter bestehen wird. Anrath erhofft, die die Mills-Bill befürwortenden Kräfte, die Geschäftsräte, noch während der vorwährtlichen Sitzung durchzubringen. Besonders der Schiffsteller wird darauf hingewiesen, daß der betreffende Kasten der Bill eine Entschädigung von nicht über hundert Millionen für Schiffe, Patente und Kunststoffen vorstellt, also die untere Hälfte sonst fast so kostbare ist, wie eine bestimmte Summe für den Betrag der Entwicklung des Schiffbaus in dieser Haltung bisher nicht berechnet wurde und daß dies erste noch gerechtfertigt ist. Röhren sind in dieser Sichtweise durch die Kräfte der Opposition nicht vertreten. Auch wäre es möglich, daß die Opposition dann die leicht hässliche Beiden hinsichtlich der Durchführbarkeit des Dames-Bills weiter bestehen wird. Anrath erhofft, die die Mills-Bill befürwortenden Kräfte, die Geschäftsräte, noch während der vorwährtlichen Sitzung durchzubringen. Besonders der Schiffsteller wird darauf hingewiesen, daß der betreffende Kasten der Bill eine Entschädigung von nicht über hundert Millionen für Schiffe, Patente und Kunststoffen vorstellt, also die untere Hälfte sonst fast so kostbare ist, wie eine bestimmte Summe für den Betrag der Entwicklung des Schiffbaus in dieser Haltung bisher nicht berechnet wurde und daß dies erste noch gerechtfertigt ist. Röhren sind in dieser Sichtweise durch die Kräfte der Opposition nicht vertreten. Auch wäre es möglich, daß die Opposition dann die leicht hässliche Beiden hinsichtlich der Durchführbarkeit des Dames-Bills weiter bestehen wird. Anrath erhofft, die die Mills-Bill befürwortenden Kräfte, die Geschäftsräte, noch während der vorwährtlichen Sitzung durchzubringen. Besonders der Schiffsteller wird darauf hingewiesen, daß der betreffende Kasten der Bill eine Entschädigung von nicht über hundert Millionen für Schiffe, Patente und Kunststoffen vorstellt, also die untere Hälfte sonst fast so kostbare ist, wie eine bestimmte Summe für den Betrag der Entwicklung des Schiffbaus in dieser Haltung bisher nicht berechnet wurde und daß dies erste noch gerechtfertigt ist. Röhren sind in dieser Sichtweise durch die Kräfte der Opposition nicht vertreten. Auch wäre es möglich, daß die Opposition dann die leicht hässliche Beiden hinsichtlich der Durchführbarkeit des Dames-Bills weiter bestehen wird. Anrath erhofft, die die Mills-Bill befürwortenden Kräfte, die Geschäftsräte, noch während der vorwährtlichen Sitzung durchzubringen. Besonders der Schiffsteller wird darauf hingewiesen, daß der betreffende Kasten der Bill eine Entschädigung von nicht über hundert Millionen für Schiffe, Patente und Kunststoffen vorstellt, also die untere Hälfte sonst fast so kostbare ist, wie eine bestimmte Summe für den Betrag der Entwicklung des Schiffbaus in dieser Haltung bisher nicht berechnet wurde und daß dies erste noch gerechtfertigt ist. Röhren sind in dieser Sichtweise durch die Kräfte der Opposition nicht vertreten. Auch wäre es möglich, daß die Opposition dann die leicht hässliche Beiden hinsichtlich der Durchführbarkeit des Dames-Bills weiter bestehen wird. Anrath erhofft, die die Mills-Bill befürwortenden Kräfte, die Geschäftsräte, noch während der vorwährtlichen Sitzung durchzubringen. Besonders der Schiffsteller wird darauf hingewiesen, daß der betreffende Kasten der Bill eine Entschädigung von nicht über hundert Millionen für Schiffe, Patente und Kunststoffen vorstellt, also die untere Hälfte sonst fast so kostbare ist, wie eine bestimmte Summe für den Betrag der Entwicklung des Schiffbaus in dieser Haltung bisher nicht berechnet wurde und daß dies erste noch gerechtfertigt ist. Röhren sind in dieser Sichtweise durch die Kräfte der Opposition nicht vertreten. Auch wäre es möglich, daß die Opposition dann die leicht hässliche Beiden hinsichtlich der Durchführbarkeit des Dames-Bills weiter bestehen wird. Anrath erhofft, die die Mills-Bill befürwortenden Kräfte, die Geschäftsräte, noch während der vorwährtlichen Sitzung durchzubringen. Besonders der Schiffsteller wird darauf hingewiesen, daß der betreffende Kasten der Bill eine Entschädigung von nicht über hundert Millionen für Schiffe, Patente und Kunststoffen vorstellt, also die untere Hälfte sonst fast so kostbare ist, wie eine bestimmte Summe für den Betrag der Entwicklung des Schiffbaus in dieser Haltung bisher nicht berechnet wurde und daß dies erste noch gerechtfertigt ist. Röhren sind in dieser Sichtweise durch die Kräfte der Opposition nicht vertreten. Auch wäre es möglich, daß die Opposition dann die leicht hässliche Beiden hinsichtlich der Durchführbarkeit des Dames-Bills weiter bestehen wird. Anrath erhofft, die die Mills-Bill befürwortenden Kräfte, die Geschäftsräte, noch während der vorwährtlichen Sitzung durchzubringen. Besonders der Schiffsteller wird darauf hingewiesen, daß der betreffende Kasten der Bill eine Entschädigung von nicht über hundert Millionen für Schiffe, Patente und Kunststoffen vorstellt, also die untere Hälfte sonst fast so kostbare ist, wie eine bestimmte Summe für den Betrag der Entwicklung des Schiffbaus in dieser Haltung bisher nicht berechnet wurde und daß dies erste noch gerechtfertigt ist. Röhren sind in dieser Sichtweise durch die Kräfte der Opposition nicht vertreten. Auch wäre

Amerika und sein Problem

Bon Prof. M. J. Bonn (Berlin)

Der Europäer, der das Kernproblem der Vereinigten Staaten versteht will, täte am besten, ihren Boden nicht in New York zu betreten. New York ist nicht Amerika. Es ist die Eingangspforte, die sich die europäischen Massen in die Mauer des amerikanischen Kontinents gebrochen haben, das Schlammtal, durch das sich der erdbeschwerte Strom der Einwanderung ins gelobte Land ergossen hat, das mit seinen engen Maschen die Nischenmungen zusammehalten hat, die sich nun in zäher Dichte über die Halbinsel von Manhattan und die Inseln und Küsten ihrer Umgebung verteilt haben. New York im größten Ausmaß, aber auch Chicago, Boston, Philadelphia und alle großen Verkehrszentren des Landes, ist ein Klein-Europa, ein aus Reken der Bevölkerung des alten Erbteils zusammengeflossener hinter Lappen. Mit vollem Recht hat ein geistreicher Essanist kürzlich ein Buch geschrieben: „Um die Welt in New York“.

Iren und Deutsche, russische Juden und Italiener leben dort nach Art ihrer Vorfahren in selbst geschafftem Bettel beziehender unter dem grellen Licht des amerikanischen Himmels Sitten und Weinen ihrer Vorfahrenden zeitweise bewahrend. Amerikanische Strassenläden, eingefügt von amerikanischen Häusern, bald niedrig und weiß, ostströmische Holzhäuser neuenglischer Abstammung, bald respektable Backsteingebäude mit braunen Sandsteineinfassungen den Rahmen, innerhalb dessen sich ihr Leben beantwortet. Ein amerikanisches Gebäude umschließt es aber durchdrückt dünn, leicht zerbrechlich und oft zerstört ist die Hülle von Amerikanismus, die sich in den christlichen und jüdischen Ghettos der amerikanischen Großstädte über die schreiende Buntheit europäischer Vielfaltigkeit breitet.

Amerikanisch an New York sind die Größe die kreisende Urzeit und der kriechende Niederr, die schrillen Lichter in welche die Sonne fließt, Häuser und Menschen taucht. Einmal in der Welt ist diese Stadt, wenn man sie von der Sofakante aus sieht dieser Platz von Koscheien und Kammellen, der Säns des Hindus in den Himmel mündet, wie die Giebel und Ainen einer Titanenhäuser. Sie verleiht dem Besucher, dass er ein Land der Riesen betrifft, — eine Weltkugel, die sich erfüllt. Dann allein gewissigen Menschen wenn auch anders erfreut ihm Chicago, wo am Ufer des Michigansees Riesenbastille ihre Schatten auf den Strand zu werfen versuchen. Und Chicago ist das Riesenreich, das „Große Horn“, das vor Wyoming emporsteigt, und vor allem die blaue Schlucht des Coloradoflusses, wo Gigantenpendende die Rinde der Erde aufgerissen haben, so daß man ins Herz der Welt zu blicken meint.

Amerika ist Größe. Über das Ausmaß der Dinge allein erstreckt ihr Reben nicht. Wer das Wesen Amerikas verstehen will, der sollte im mittleren Westen beginnen oder, wenn er es aus dem Gesetz begründen will, in Kanada am Ufer des St. Lorenz Stroms.

Das Problem Amerika ist das folgende: Aus allen Teilen der bewohnten Erde sind Bruchstücke von Völkernschaften in den Nordamerikanischen Kontinent eingeströmt. Sie haben sich über das gewaltige Land, das trock äußerer Wiederkunft eine völkerliche Einheitlichkeit zogt, die bei keiner Größe fast unvorstellbar erscheint, ausgedehnt. Sie sind also in eine gesellschaftlich-staatlich Form gebracht worden, die ursprünglich das puritanische Neuvaland geprägt hat. Werden sie trotz der ethnisch-geographischen Unterschiede der einzelnen Landesteile, in denen sie sich niedergelassen haben, und trotz dem verschiedenen nationalen Ursprungs, dem sie ihr Dasein verdanken an einer einheitlichen amerikanischen Nation zusammengezweckt werden können, nicht so sehr durch physische Mischung, als durch soziale Angleichung an den puritanischen Typus?

Oder werden sie, wenn der treibende Strom zum Stillstand gekommen ist und die Bewegung erstarzt, sich zu einer amerikanischen Vielfaltigkeit entwickeln, in der sich die Buntheit europäischen Geistes widerstreift?

(Mit besonderer Erlaubnis des Verlages Menet & Zeller, München, bringen wir vorliegenden Einleitungskapitel aus der ausgezeichneten Schrift Bonns, die unter dem gleichen Titel erschienen ist, zum Abschluß.)

Der Lotterieschwede

Erzählung von Martin Andersen Nexö.

(Nachdruck verboten.)

Ein Lied besonders mußten sie immer und immer wiederholen, und er saß da und lauschte mit umnebeltem Blick und gesetzten Händen. Es war das Lied, in dem das Kind, triumphierend dieser sündigen Welt entkommen zu sein, seinen traurenden Eltern zuspricht und ihnen ihre Kurzsichtigkeit vorwirft.

Gottlob, jetzt ist die Stundel
Nehmt hin die frohe Kunde,
Ich geh zum Paradies.
Lieb Eltern, ohne Klagen
Mich zu mein'm Grab hintragen
Sollt Ihr mit Gottes Lob und Preis.

Dieses Lied schien ihn mit etwas zu versöhnen. Auf die Frau wirkte aber seine Tendenz empörend, und es fiel ihr schwer, sich dem Lied zu unterwerfen, obwohl es im Chorbuch stand. Und die Trauer des Mannes erfaßte sie, — so sehr, daß ihre Tränen verschwanden, seit sie ihn abends dastehen sah in betrunkenem, schluchzendem Weinen.

Es war am Mittwoch, vier Tage nach dem Tode des Kindes. Der älteste Knabe hatte an den vorigen Tagen Urlaub, um seiner Mutter an die Hand zu gehen; heute war er wieder in der Schule. In der Zwischenpause saß er in der Klasse und lernte keine Aufgaben. Die andern Knaben ließen draußen umher und waren sich mit Schnee; er aber hatte keine Lust. Da hörte er von der Straße her Gejohle, ein Junge kam hereingestampft und rief ihn hinaus, während die andern lachend in der Türe standen. Jemand etwas war da los und er schlenderte hinaus, um zu sehen, was es gebe. Unten auf der Straße hatten die Jungen einen Kreis um einen Betrunkenen geschlossen. Sie bewarfen ihn mit Schnee und pusteten einander auf ihn zu, während er unter grenzenloser Ausgelassenheit und Jubel ihrerseits hin und herstaute, um sie zu fangen. Es war der eigene Vater des Jungen. Es tat ihm innerlich furchtbar weh, er konnte das nicht aushalten, lief in das Schulzimmer zurück und verbarg sich in einem Winkel, verfolgt von dem grausamen Spott der Kameraden. Dort stand ihn der Schullehrer, zitternd und zusammen-

Verbesserungen in der Erwerbslosensfürsorge

Verlängerung der Bezugsdauer. — Erwerbslosensfürsorge für Ausgesteuerte

Bei den letzten Verhandlungen im Reichstag über den Steuerabbau hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durchgesetzt, daß auch für die Erwerbslosen etwas geschieht. Der Reichsarbeitsminister veröffentlicht nunmehr im Reichsarbeitsblatt einen Erlass an die obersten Landesbehörden für Erwerbslosensfürsorge. In diesem Erlass heißt es, daß sich der Arbeitsmarkt wider Erwarten nur sehr langsam und in außerordentlich geringfügigem Maß verbessert. Unter diesen Umständen ist zu befürchten, daß zahlreiche Arbeitnehmer auch bei unzureichendem Arbeitswillen noch für längere Zeit keine Arbeitsgelegenheit finden werden, und daß die Zahl der langfristigen Erwerbslosen sogar noch für einige Zeit zunehmen kann. Damit würde aber zwangsläufig die Zahl derjenigen Arbeitnehmer wachsen, deren Unterstützungsduarz abläuft. Mit Rücksicht darauf sind die obersten Landesbehörden bereits aufgefordert worden, von der ihnen eingeräumten Befugnis zur Verlängerung der Unterstützungsduarz bis auf 39 Wochen entgegenkommend Gebrauch zu machen.

In dem neuen Erlass hat nunmehr der Reichsarbeitsminister von seiner Befugnis selbst Gebrauch gemacht und die Unterstützungsduarz auf 39 Wochen verlängert. Die Verlängerung greift bei allen denjenigen Berufsgruppen Platz, bei denen nicht feststeht, daß Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. Die Verlängerung gilt jedoch nicht für diejenigen Berufe, für welche insbesondere die Jahreszeit Arbeitsgelegenheit bietet. Hierher gehören: die Land- und Forstwirtschaft mit ihren verschiedenen Zweigen, die Häusler, das Baugewerbe mit seinen Hilfsberufen und die Baufabrikation, sowie die handwerklichen Berufe. Die Landesbehörden ist überlassen, zu entscheiden, ob von der Verlängerung in einzelnen Ländern oder Landesteilen noch der eine oder andere vorstige Beruf ausgenommen werden möge.

Des weiteren empfiehlt der Reichsarbeitsminister, von der erzielbaren Möglichkeit, daß die zur Entscheidung über die Unterstützungsduarz aufzurückenden Stellen die Fristen über die 39 Woche hinaus bis zur Dauer von 52 Wochen verlängern können, weitershin Gebrauch zu machen.

Diejenigen Erwerbslosen, die vor Verlängerung der Bezugsdauer ausseltenkt und deshalb aus der Erwerbslosensfürsorge ausgeschieden waren, sollen für die ihnen jetzt durch die Verlängerung noch restende Zeit wieder in die Erwerbslosensfürsorge einbezogen werden, soweit die Voraussetzungen für den Bezug der Erwerbslosensfürsorge noch bestehen.

Diejenigen Erwerbslosen, die vor Verlängerung der Bezugsdauer ausseltenkt und deshalb aus der Erwerbslosensfürsorge ausgeschieden waren, sollen für die ihnen jetzt durch die Verlängerung noch restende Zeit wieder in die Erwerbslosensfürsorge einbezogen werden, soweit die Voraussetzungen für den Bezug der Erwerbslosensfürsorge noch bestehen.

Die Wissensamkeit der neuen Anordnung ist zunächst auf die Zeit bis zum 31. August 1926 beschränkt.

Wir wollen hoffen, daß die zuständigen Stellen den neuen Erlass in sozialverständiger Weise durchführen.

Die deutschen Techniker und die Wirtschaft

Im Vordeutsch der heutigen Erörterungen zur Wiedererlangung der deutschen wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit wird über die notwendigen Umstüttungsmaßnahmen steht die so genannte Nationalisierung der Wirtschaft. Man versteht darunter: Technische Umorganisation der Betriebe, Zusammenfassung der Produktionsstätten östlicher oder westlicher Erzeugnisse, zwecks Vereinbarung einer ökonomischen Produktionsverteilung, ferner Motor und u. d. h. Rationalisierung durch eine möglichst geringe Zahl in den Arten von Erzeugnissen, die in Massen verbraucht werden, z. B. Schrauben, Papierformate, ferner Transportmittel, d. h. Rationalisierung auf eine möglichst geringe Zahl von Fabrikationsstätten, wie z. B. Herstellung nur weniger bestimmter Arten von Kraftfahrzeugen. Außerdem wird man mit dem Tariff Rationalisierung und die weitestgehende Übertragung der mechanischen Arbeiten in Werkstatt und Bureau auf die Maschine erlassen. Nationalisierung ist also im wesentlichen die Durchdringung der Wirtschaft mit technischen Denken.

Infolge der Notstände nach dem Kriege ist dieser Prozeß non der deutschen Wirtschaft viel zu früh in Gang gebracht worden. Im Runde der technischen Anstellten und Beamten zusammeneschlossener deutscher Techniker haben in den verschiedensten Jahren in ihrer Deutschen Techniker-Zeitung auf die Notwendigkeit der rechtzeitigen Umstellung immer wieder hingewiesen. Trotzdem die Nationalisierung in erster Linie eine Ansehenerkeit der Techniker ist, sind ihre Warrnungen bei den verantwortlichen Wirtschaftsführern ungehört verhakt. Gerade bei dieser Stunde ist es sich, daß die deutsche Wirtschaft dem Techniker eine höhere Gestaltung und einen höheren Erfolg einzuräumen müßte. Seit Jahrzehnten kämpfen die Techniker darum, daß bei der Besetzung der führenden Posten in den wirtschaftlichen Betrieben der öffentlichen Verwaltung und der Privatwirtschaft ihnen der nötige

gesuchert. Die andern Knaben mußten erzählen, was geschehen. „Wie herlos doch die Kinder sind“, sagte der Lehrer, streichelte ihm die Wangen und ließ ihn hinausgehen. Zu Hause erzählte er der Mutter das Geschehene und meinte und fiel in ihrem Schoß in Schlummer. Die Erregung hatte ihn erschöpft.

Diesmal weinte die Mutter nicht. Aber es stieg etwas Harzes, fast Haferflocken gegen ihren Mann in ihr auf und eine erhöhte Liebe zu den Kindern, die ihr geblieben waren. Sie nahm den kleinen Kleinen Jucker auf ihr Schmalabrot, um sie dafür schadlos zu halten, daß sie zeitig ins Bett mußten, half ihnen aus den Kleidern, begleitete sie auf den dunklen Dachboden hinauf, der das Schlafrimmer der Familie bildete, und blieb bei ihnen, während sie ihr Abendgebet sagten. Dann führte sie sie zur guten Nacht und schnappte sie —: sie sollten ihren Vater nicht in seinem Zustand von schwerer Betrunkenheit sehen. Unten in der Stube machte sie sich nun daran, die Kleider der Kinder zu flicken; der Knabe lernte keine Schulsachen.

Später am Abend kam der Schwedeheim. Sein Gang war schwer, und lange stand er und tappte nach dem Türenknopf. Der Knabe rief hin und öffnete. Er sagte nicht Guten Abend, zog mit Anstrengung seine einschneidende Jacke aus und händigte sie auf den Ofen, der von dem Schneewasser zu spucken und zu schnurren begann. Dann versuchte er, die Schuhe abzunehmen, mußte es aber aufsehen, da er das Übergewicht bekam. Mutter und Sohn betrachteten ihn furchtsam von der Seite. Er ging schwerfällig zur Schlafrbank und setzte sich, die Arme auf dem Rücken, hinein vor sich hinblickend.

Es war totenkalt in der Stube.

„Ihr könnt nun singen!“ murmelte er nach einer Weile, wie an die Kinder gewandt.

„Sie sind im Bett.“ bemerkte die Frau.

„Im Bett,“ wiederholte er schlepptend, „also sie sind im Bett — so, im Bett!“ Und als keine Antwort kam, wiederholte er es irritiert.

„Für Kinder ist es am besten im Bett zu sein, wenn ihr Vater — — sie wagte nicht zu vollenden.

„Wenn ihr Vater heimkommt und betrunken ist, was? So meinst du also, ich sei betrunken, he?“

„Das bist Du wohl, da Du es selber sagst —, von Betrunkenen soll man ja die Wahrheit hören, heißt es!“

Sie ging schnell in die Küche, wo sie zu rumoren begann.

rende Platz eingeräumt wird. Die Nur-Kaufleute oder Berufsmänner haben es bisher nicht verstanden, den im technischen Beruf liegenden Sinn für planmäßige Gestaltung und Ordnung im Sinne höchster Wirtschaftlichkeit voll auszuwerten.

Um so mehr sollte die Deutlichkeit der Technikerbewegung und ihren Zielen größere Aufmerksamkeit schenken. Während alle anderen Berufe bei ihrer wirtschaftlichen Interessenvertretung in die verschiedenen Richtungen zerplittet sind, haben die in den deutschen privaten und öffentlichen Wirtschaft tätigen technischen Angestellten und Beamten sich in ihrer überwiegenden Mehrheit (60 000 Mitglieder) in ihrer parteipolitisch und religiös neutrauen Einheitsgewerkschaft, dem Bund der technischen Angestellten und Beamten, zusammengetragen. Auch in der Stärke ihrer Berufsvertretung äußert sich so das gesunde Verständnis der technischen Techniker für wirtschaftliche Dinge.

Karthago und Kairouan

Tunis, Anfang April

Wo heute Sidi-Bou-Said liegt, auf dem weit ins Meer vor springenden Hügel, war im Altertum das Kap Karthago, der äußerste Punkt der großen Handels- und Hafenstadt und gleichzeitige Rivalin Rom's. Dort, wo heute ein kleiner, vom blauen Meer umsäumter, von Landschaftsmalern immer wieder aufgesuchter Villenort, eine Vorstadt von Tunis liegt, wurde vor mehr als zwei Jahrtausenden um die Vorherrschaft im westlichen Mittelmeer gestritten. Wenige hundert Meter vom Kap Karthago entfernt, breite sich die Stadt selbst aus, die dem gewaltigen Rom so arge Schwierigkeiten verursachte. Die Römer haben, als sie die Stadt im Jahre 146 v. Chr. dem Großen oder als Amphitheater auf den Trümmern ein Kreuz errichten ließen. Was man an Statuen, Fußsäulen, Sarkophagen und künstlerischen Gegenständen gefunden hat, ist in einem interessanten Museum im Kloster sozusätzlich gesammelt.

Sechs Eisenbahnhäusern vom Tunis entfernt liegt Kairouan, die heilige Stadt des Islam. Mitten in der kümmerlich bewachsene grauen Steppe erheben sich prächtig die weißlich leuchtenden weißen Kuppeln der großen Moscheenstadt, die nächst Melilla, der Geburtsstadt des Propheten, das älteste religiöse Zentrum des Islam und der bedeutendste Wallfahrtsort der Araber ist. Die heilige Stadt, die schon im frühen Mittelalter, im siebenten Jahrhundert, gegründet wurde, ist durch eine Moschee Sidi Abduls, des großen arabischen Großvaters, brühmlich geworden. Mit einer Fülle von arabischen, römischen und byzantinischen Säulen ist diese Große Moschee geschmückt; die Araber haben aus allen Weltteilen Marmoreläufen zusammengetragen, um ihre Große Moschee in Kairouan zu schmücken. Ein hohes Minarett, von dem aus man die Moscheestadt sieht auf übersehen kann, ist neben den Marmorsäulen der einzige Schmuck der Großen Moschee.

Viel reicher und schöner ist die Moschee des Barbiers, die ihren Namen daher hat, weil in ihr ein Schöpfer und Begleiter des Propheten bearbeitet sein soll, der — wie es heißt — immer drei Haare aus dem Bart Mohammeds bei sich getragen hat. Ein heller, von zierlichen Säulen geschmückter Hof zeigt die ganze Zartheit prächtiger orientalischer Kunst: bunte Kerzen, prachtvolle Steinarbeiten geben dem Ganzen ein elegantes Gepräge. Der Gebetsraum selbst ist klein, aber um so reicher mit bunten Marmorsäulen gesiert, für die Frauen, die tiefverkleidet zur Moschee kommen, ist ein eigener Raum neben dem Grade des Prophetenschülers vorbereitet.

Die Moschee des Barbiers liegt vor den Mauern der Stadt. Hier herrscht das lebhafte Getriebe. Große Kamelherden werden vor dem Wallfahrtsorte, denn die Nomaden und die Arbeiter, die von weither die Wallfahrt antreten, durchqueren die Wüste oder die Steppe auf Kamelen. Mitten unter den Kamelen werden Ziegen und Schafe gehalten. Rinder, Pferde, die auf den großen Markt von Kairouan gebracht werden. Unmittelbar nach der Ernte, Ende April und Anfang Mai, ist der Strom der Wallfahrt am stärksten. Selbstverständlich schließt sich an die Wallfahrt auch der Viehhandel und der Einfall von Kleidungsstücken. Der Markt von Kairouan — zum Teil Löden in gedeckten Gängen, in den so genannten Souks wie in Tunis — ist sehr groß. In keiner Stadt fehlt so sehr wie in Kairouan der europäische Einfluss, trotzdem die europäischen Touristen in großer Zahl die interessante und in ihrer Art sehr reizvolle Stadt aufsuchen. Die kleine europäische Siedlung, die wie ein Flecken vor den Toren der Stadt liegt, ist völlig bedeutungslos abgesehen von Kairouan ist noch ganz die mittelalterlich-muslimisch-arabische Moscheestadt.

Otto Reichter.

Es schaute etwas auf in seinem umschleierten Blick. „So sollst Du selber singen, Du selber, ja! Du sollst hören statt Deiner Gören — und auch Du!“ Er schlug nach dem Rücken des Knaben, daß es zu Boden fiel.

Der Knabe fing zu weinen an, die Frau kam rasch herein.

„Du sollst nicht weinen, mein Junge. Dein Vater kann sich von den Gassenbüben etwas vorstricken lassen, die sind ja seine Kameraden!“ Sie hatte ihm den Rücken zugewandt und rief: wie um ihre Worte zu mildern, den Schmuck von seiner Jacke.

Der Schwede hatte sich erhoben. Er stand und stützte sich auf den Tisch, wackelte hin und her und kämpfte, um die Augen ganz zu öffnen.

Der Ausdruck seines Gesichtes war tappend, er merkte eine Stachel in ihren Worten, entsann sich aber nur dunkel des nachmittägigen Vorfalles.

„Gassenbüben! Was soll das heißen? Weib!“

Ihre Stimme bebte: „Du weißt vielleicht nicht, daß der Junge da heute seinen Vater zum Gelächter der Gassenbüben detruiken dachte!“ Ja, s'ist hübsch, wenn der bloße Name des Vaters ein Schwippswort werden soll gegen die Kinder!“ Sie begann laut zu schluchzen, sie konnte nicht mehr!

Es dämmernde Scham in ihm auf, aber nur für einen Augenblick, dann grinste er und nickte: „Das nennt Du doch wohl nicht singen, was? Du kennst ja! Willst Du nun schauen, daß Du singst!“ Er kam auf sie zu.

„Ach Gott, ach Gott, er schlägt mich tot!“ schrie sie und schlüpfte instinktmäßig auf die Tür nach der andern Stube zu, wo die Leiche lag, als wollte sie bei ihr Schutz suchen.

Aber schon hatte er sie. „Du sollst singen, Mutter!“ gröhnte er und packte sie um den Kiefer. Der Griff zwang sie, den Mund zu öffnen, sie röchelte und riss sich wie wahnhaftig vorwärts, zog sich am Kiefergriff und Türrahmen weiter, schleppte ihn mit sich hinein in die andere Stube.

Dre Jungs brüllte, sprang von hinten auf den Vater los und zerrte an ihm. Aber der Schwede schlug mit der Hand zurück und traf ihn auf den Mund, daß ihm das Blut floß.

Es schall das Getrippel kleiner Füße über den Dachboden und die Bodentreppen herab, mit Wimpern vernischt. Und die beiden Kleinen kürmten in ihren kurzen Hemdchen in die Stube und singen an, mit dem Kleinsten um die Welle zu weinen.

(Fortsetzung folgt.)

Freistaat Lübeck

Montag, 19. April.

Schonprämien für seltene Raubvögel

Unsere Raubvögel sind wegen ihrer Seltenheit zum größten Teil Naturdenkmäler geworden, so daß das Gesetz sich ihrer angenommen hat. Die Verminderung läßt sich auf mehrere Ursachen zurückführen: Einerseits tötet man sie aus Unkenntnis und Schießlust, wie auch nach dem sogenannten Rücksichtsprinzip, andererseits trägt die Kultivierung der Landschaft dazu bei, ihre Bestände zu lichten.

Nach den verschiedensten Gesetzen sind fast alle Raubvögel gestoppt. Der Bund für Vogelschutz e. V., Stuttgart, Jägerstr. 34, ist bestrebt, die Abnahme der Raubvögel zu verhindern; er will das Gesetz durch Schonprämien in Höhe bis zu 25,- RM. oder in Gestalt von Literatur und Anerkennungsschreiben unterstützen. Jeder Jagdhaber, Jagdausführer, Forstbeamte usw., durch dessen Förderung eine Brut folgender Raubvögel bis zum völligen Ausfliegen hochkommt, erhält nach Bestätigung durch seine vorgesetzte Behörde eine Belohnung, die nach den Umständen und der Seltenheit des Vogels bestimmt wird. Die zu schützenden Vögel sind: alle Adler, Uhu, Kolltrabe, Wunderfalk, Baumfalke, Weißpannbusard, Milane, Korn- und Wiesenweihe, Waldohreule und Sumpfrohrsänger. Im vorigen Jahr wurden nur in Brandenburg 466,- RM. Prämien an 34 Forstler bezahlt. In diesem Jahre wird die Prämienverteilung über ganz Deutschland vom dem Bund für Vogelschutz, Stuttgart, Jägerstr. 34, bedachtigt.

Die Anmeldung muß spätestens am 15. August in den Händen des Vorstehenden der Ortsgruppe Groß-Berlin des Bundes für Vogelschutz, Herrn Major a. D. Dr. Wagner, Berlin S. 42, Dienststraße 88 sein, der das Weitere veranlaßt.

Seemann

Der Tod des Kochs Lorenz vom Lübecker Dampfer "Riga"

war Gegenstand einer Seearbeitsverhandlung am letzten Sonnabend. Im Februar d. J. lag der Dampfer mehrere Wochen bei Hochwasser in Sevilla. Das Wasser stand etwa 18 Fuß über dem Kai, so daß der Verkehr mit dem Lande nur mit Booten aufrechterhalten werden konnte. Um diese zu erreichen, hing eine Strickleiter an der Schiffswand. Am Mittag des 3. Februar begaben sich der Koch Lorenz und der Steward Stockfisch an Land, um Einkäufe zu erledigen. Bei der Rückfahrt warf der Steward die Leine an Bord, wo ein Matrosen so festigte, daß das Boot reichlich Bewegungsfreiheit hatte. Stockfisch stieg die Strickleiter empor und brachte das Deck in der Meinung, daß Lorenz ihm folge. Als dieser jedoch die Strickleiter ergriff und einen Fuß auf die Leine setzte, lief das Boot unter ihm weg, und Lorenz fiel ins Wasser. An der Unfallstelle wurde durch ziemlich heftigen Strom an einem Steg ein starter Strudel hervorgerufen, so daß der Koch nur noch einmal kurz auftauchte und Rettungsversuche ausköpflos waren. Die Leiche ist nicht geborgen worden.

Der Reichskommissar führte aus, daß abnormale Stromverhältnisse an der Unfallstelle starken Stoß bewirkten, der den Koch abwärts zog. Ein Verschulden an dem Unfall treffe niemand.

Im Spruch des Seearbeits wurde der Leibesstand kurz festgestellt mit dem Hinzufügen, daß eine Rettung nicht möglich gewesen und niemand an dem Unfall schuld sei.

Achtung Gewerkschaftsmitglieder!

Heute abend finden im Gewerkschaftshaus zwei Vorträge im Rahmen der Reichsgesundheitswoche statt, die in erster Linie die sozialen Grundlagen der Volksgesundheit berücksichtigen. Wir bitten um zahlreiche Beteiligung.

Der Vorstand des ADGB, Ortsausschuß Lübeck.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, dem 26. April, statt.

Eisenbahnerlos. Tödlich verunglückt ist in der Sonnabendnacht auf dem Moisslinger Bahnhof der Rangierer Robert Lemm, Weiter Lohberg 5 wohnhaft. Wie das Unglück geschehen ist, konnte noch nicht festgestellt werden und wird der näheren Untersuchung noch bedürfen.

Ihren Verleihungen erlegen ist die Ehefrau des Dentisten Waizenbauer, die vorige Woche bei der Prüfungsfahrt eines Chauffeurs von einem Auto hinter St. Petri an die Wand gedrückt und schwer verletzt wurde. Frau Waizenbauer stand im 26. Lebensjahr. Neben ihrem Ehemann traunen 3 Kinder um die Verunglücks.

Sommersaheimerplan der Lübeck-Büchener Eisenbahn. Der diesjährige Sommersaheimerplan steht gegenüber dem vorjährigen auf der Lübecker Strecke sowohl wie auf der Travemünden-Hamburg und Niedendorf (Ostsee) ein besonderes D-Zugpaar. Der Frühzug 22 Lübeck-Hamburg fährt an Sonn- und Festtagen in einem früheren Plan — ab Lübeck 5.30 vorm. damit er in Hamburg den Anschluß an den Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie nach Cuxhaven-Holsgoland erreicht. Die Schnellzüge D 7 und D 8 führen außer den bisherigen Kurzwaren 1. und 2. Kl. auch Kopenhagen und Oslo auch solche 1., 2., 3. Klasse nach Stockholm. Durch die neue Lage dieser Züge ist eine neue Schaffungserbindung mit den neuen Zügen D 191/D 192 Hamburg-Basel und damit eine große Überlandverbindung Skandinavien-Schweiz (Italien) geschaffen. Auf der Travemünden-Strecke verkehren die Züge mit einzigen Ausnahmen nur zwischen Lübeck und Travemünde Strandbahnhof. Wer nach Niedendorf will, muß in Travemünde Stadt umsteigen. Durch die Maßnahme wird eine schnellere Beförderung der Reisenden Lübeck-Niedendorf (Ostsee) um durchschnittlich 6-8 Min. erreicht. Der Nachteil des Umsteigens kann gegenüber dem Vorteil der schnelleren Beförderung leichter in den Kauf genommen werden, weil beide Züge in Travemünde Stadtbahnhof am selben Bahnsteig stehen.

Eine Verkehrsordnung für das ganze Reich ist in Form eines vom Reichsverkehrsministerium ausgearbeiteten Entwurfs zur einheitlichen Regelung des allgemeinen Fahrverkehrs durch die "Verkehrsordnungen" der deutschen Länder gezeichnet worden. Da sich die Zuständigkeit des Reiches nur auf den Kraftfahrzeugverkehr erstreckt, konnte von Reichs wegen keine allgemeine Regelung des Straßenverkehrs durchgeführt werden. Der neue Entwurf lehnt sich im wesentlichen an die Verordnung über Kraftfahrzeugverkehr an und soll von den Landesbehörden finanziert ergänzt werden. Er verlangt von den Fuhrwerken, daß sie sich in verkehrsreichem Zustand befinden und von ihren Führern, daß sie zur selbständigen Leitung tauglich sind. Er fordert, daß alle Fuhrwerke während der Dunkelheit oder bei starkem Nebel beleuchtet werden und dehnt die Vorschriften über die Fahrgeschwindigkeit vom Kraftfahrzeugverkehr auch auf die übrigen

Die Reichsgesundheitswoche in Lübeck

Ein kleines Vorwort

Eine Feier ist es eigentlich nicht, wenn an ein ganzes Volk der Ruf erschallt, sich gesundheitlich, sittlich und körperlich zu kräftigen und die Mahnungen mehr als bisher zu beherzigen. Es gab schon einmal eine Zeit, in der von Regierungstellen aus ein Mahnrat zur Gefördung des Volkes erlassen wurde. Das war, als der Industrialismus in die Hölle schaute und sich den Teufel darum kümmerte, ob die Lohnsklaven von Kindesalter bis zur vollen Ausmerzung dahinsiechen oder nicht; wenn nur der Profit blühte. Die Kämpfe der damals noch jungen Sozialdemokratie um Sozialpolitik und Arbeitsschutz hatten nach jahrelangem Mühen den schließlich Erfolg, daß einige soziale Gesetze geschaffen wurden, die unzulänglich zwar, aber doch einen Anfang bildeten. Gerne führte Bismarck diese Gesetze nicht ein. Einmal wurde er dazu gezwungen, weil die militärischen Spitzen in dem in Fabriken und der Landwirtschaft schon früh verschwunnen Menschenmaterial ungenügenden Nachwuchs für den Kriegerhof sahen, und dann glaubte der Blut- und Eisenmann, durch die Invaliditäts- und Altersversicherung zufriedenen, der Sozialdemokratie abwendige Unterarten zu schaffen.

Begnügen wir uns mit diesen Andeutungen. Was heute die Vertreter von Reich und Länder predigen, es ist ein hartes Muß, das von unserer Seite seit Jahrzehnten gefordert wird. Gesunde Männer können nur unter gesunden Lebensbedingungen erwachsen. Hätte die bürgerliche Gesellschaft mehr als uns gehört, dann wären die Schäden an der Volksgesundheit nie so groß geworden. Dann hätten wir auch weit mehr gesunde Wohnungen, bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne, gesündere Arbeitsräume usw. Aber jeder Fortschritt mußte dem Beith abgetragen werden, Hunderttausende gingen vorher an dem Profitwillen des Unternehmertums zugrunde.

Und auch heute hilft der ehrlichste Wille und die klügste bürgerliche Ideologie nicht über die Tatsache hinweg, daß in einem Lande mit zwei Millionen Arbeitslosen, mit großem Wohnungsmangel der Heilungsprozeß nur langsam und mit der Besserung der wirtschaftlichen Lage möglich ist. Auch wir in Lübeck mit unseren 5000 Erwerbslosen, mit den elenden Gangbuden und Behelfswohnungen sind nicht besser daran. Wohl kann der einzelne vieles, was in dieser Zeit zur Stärkung seines Körpers gerecht und geschriften wird, an sich selbst erprobten. Der Vorteil ist ihm gewiß. Aber wenn ihn die Not immer wieder niederkniet, dann hilft alle Wissenschaft nichts mehr. Soll dieser erste Versuch Wirkung haben, dann muß vor allem die kapitalistische Gesellschaft ihre Gesinnung ändern.

Die Eröffnungsfeier in der Stadthalle

Der kleine Sonntag morgen führt doch dazu, daß der große Kinozaal gefüllt wird. Zur Einleitung spielt das Städtische Orchester der Lübecker Lanthäusermarkt, zum Schluss das Orchester zu den Meistersingern und der Lehrergesangverein trug gegen zwei Lieder vor.

Bürgermeister Dr. Neumann wies in seiner Eröffnungsrede auf die Bedeutung der Reichsgesundheitswoche hin. Es handle sich um Belehrung, Aufklärung und die Stärkung des guten Willens und des Verantwortungsgefühls, die Fundamente, auf die sich die Volkswohlfahrt aufstellt. Man dürfe sagen, daß die mit der fortsetzenden wissenschaftlichen Erkenntnis verbundene praktische Gesundheitsfürsorge von Staat und Gemeinde im Laufe der letzten Zeit gewaltige Erfolge erzielt habe. Er erinnerte an die Poxen, Blattern und die Cholera. Von steigendem Erfolge begleitet gewesen sei die systematische, auf wissenschaftlicher Grundlage beruhende Bekämpfung der Tuberkulose. Die starke Rückläufigkeit, die der Krieg der Volksgesundheit geschlagen habe, habe die öffentliche Gesundheitspflege, Gesetzesgebung und Verwaltung wieder gutzumachen versucht. Die Reichsgesundheitswoche wende sich an jeden einzelnen, appelliere an sein Verständnis und seinen guten Willen, Aufklärung zu verbreiten als fühlbare Folge des gesammelter Erkenntnis und geprägten Verantwortungsgefühls. Sich gesund und kräftig zu erhalten für sich selbst, für die Familie und für das Volk. Der Redner erklärte zum Schluss, da es nicht möglich gewesen sei, eine allgemeine hygienische Ausstellung jetzt zu schaffen, soll dies im Herbst in der neuen

Ausstellungshalle geschehen, das sei der Sinn der Reichsgesundheitswoche.

*

Dr. Siering wies einleitend auf die vom Leiter des Statistischen Landesamtes, Dr. Hartwig, veröffentlichte Statistik über die Sterblichkeit hin, die für Deutschland immer noch ungünstig lautet, obwohl unsere ärztliche Wissenschaft an erster Stelle steht. Die Lehre von der Veterinärmedizin müsse mehr Eingang im Volke finden. Insbesondere müsse beim Eingehen einer Ehe in erster Linie die Frage gestellt werden, ob beide Leute auch gesund und gesundheitlich sind. Dann erwache eine gesunde Nationenbeschaffung. Geld und Siedlung seien untergeordnete Art. Zwei gesunde Menschen würden auch so vorwärts kommen und sich das Lebensglück bereiten. Wenn sich nicht das gesamte Volk zur aktiven Mitarbeit an der Gesundheit bereit finde, müsse das hierfür ausgewogene Geld nichts. Vorherigen sei die Hauptaufgabe, dem einzelnen sei klar zu machen, wie er sich zu der schädlichen Umwelt insbesondere den Bacterien, zu verhalten habe. Man soll sich nicht unverantwortlich den Reizwirkungen der Außenwelt aussetzen. Eine wichtige Frage stecke der Alkohol, der das Herz missträte und bei dessen Genuss jeder seine Grenzen kennen müsse. Den Gesetzten kann nur ausgewiesen werden, wenn wir über unsere Organe unterrichtet sind und eine vernünftige Lebensweise einhalten. Den Frauen empfahl der Redner gute Auswahl der Kochungsmitte und Aufmerksamkeit im Haushalt, da die Liebe durch den Magen geht. Die Haut müsse Luft und Licht ausgesetzt sein, die Kinder dürfen nicht zu schwer eingebillt werden. Die Bekleidung der modernen Damen sei allerdings auf ein Größenminimum reduziert und beweckt so das Gegen teil, schaffe thermatische und Unterleibsschwellen. Die Kleidung müsse harmonisch ausgebildet werden. Der Sport halte sexuelle Verirrungen fern und verschaffe der Jugend Lebensmut. So werde die seelische Kraft gehoben und das soziale Verantwortungsgefühl gestärkt. Auf die Dauer bleibe die ganze Maschine nicht intakt, wenn es einzelnen Schichten schlecht ergehe.

*

Die Ausstellung der Arbeiter-Samariter-Kolonne

im Konzertgebäude ist recht lebenswert. In den Räumen und Krankenpflegeartikel (die kostenlos verliehen werden). Artikel für Gesundheitspflege, Nutzverordnungsblätter, mit denen es bei Unglücksfällen in Betrieben und vielfach schlecht bestellt ist. Dann sind Photographien von Siebdruckhäusern und Gangwohnungen vorhanden, eine Auswahl von Plakaten und Literatur. Weiter ist seit vorigem Jahre ein Raum für tägliche Höhernsonnenbestrahlung, ein Verbands- und ein Heilungszimmer vorhanden.

Die Arbeiter-Samariter-Kolonne hat in den letzten Jahren erfolgreich gewirkt. So stellte sie

	1921	1922	1923	1924	1925
Wochen	31	47	70	94	149
Transporte	2	7	50	208	384
Erste Hilfe	174	239	357	471	568

Die Rettungswache im Konzertgebäude wurde 1923 bezogen, 1924 eine fahrbare Trage angekauft, 1925 die Krankenpflegeartikel eingeführt sowie das Kinderheim des A. S. S. in Betrieb genommen und drei Monate lang 30 Kinder verpflegt.

*

Bestellung im Büro des Rathauses. Anträgen der Reichsgesundheitswoche wird in den Räumen des Büros verarbeitet (Eingang vom Markt aus) eine Ausstellung unter Leitung der Lübecker Samariterkolonne vom Roten Kreuz veranstaltet, die die Gebiete der Säuglingspflege, Tuberkulose-Fällzüge, Krüppelpflege, der anstrengenden Kinderkrankheiten, der übertragbaren Krankheiten und der Geschlechtskrankheiten sowie die gesamte Hygiene der Erwachsenen und des Kindes behandelt. Die Ausstellung ist geöffnet von mittwochs 10-12 Uhr und donnerstags von 2-5 Uhr, am Donnerstag nachmittag nur bis 4 Uhr, dann aber wieder von nachmittags 7-9 Uhr. Der Eintritt ist frei. Die Mütter sollten sich die Darstellungen über die Hygiene des Kindes im frühesten Alter aufs genaueste zu merken. Aber auch den Jugendlichen ist eine eingehende Bedeutung der bildlichen Darstellungen, die von den Gelehrten der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten, unsrer verheerender Volkskrankheit, handeln, anzuraten.

Sorgt für Kampfmittel!

Die riesigen Kosten für die Volksabstimmung können nicht allein durch die Mitgliederbeiträge aufgebracht werden. Alle Parteianhänger müssen für weitere Kampfmittel sorgen. Durch Zahlung von Sonderbeiträgen, reichliche Zeichnung auf den von unserer Partei herausgegebenen Sammelblättern, auch in den Kreisen der mit unserem Antrage auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten sympathisierenden Volksgenossen, muß Munition für diesen Kampf geschaffen werden.

Stärkt diese gewaltige Wahlkampagne!

gen Fahrzeuge aus. Zu beachten ist die Anordnung, daß unbedingt die rechte Seite des Weges eingehalten werden muß und daß die Straßenbahn nur rechts überholen werden darf. Neben das "Vorfahrtrecht" bestimmt der Entwurf, daß an Straßenkreuzungen das auf einem Hauptverkehrsweg sich bewegende Fuhrwerk gegenüber einem vom Seitenweg kommenden Fahrzeug die Vorfahrt hat. Bestimmungen über den Radfahrt- und Fußgängerverkehr beschließen den Entwurf.

Der Gesundheitszustand der Bevölkerung Lübecks stand im März unter dem Zeichen der Grippe (Influenza), welche 14 Opfer forderte. Dazu kamen noch 18 Todesfälle durch Lungentzündung, jedoch diese beiden Krankheitsgruppen einen ungewöhnlich hohen Bruchteil der Gesamtzahl von 178 Sterbefällen ausmachten. Die meldepflichtigen anstrengenden Krankheiten, abgesehen von den Mäusen, traten im März ganz zurück, da Grippe und Scharlach überhaupt nicht vorkamen, während von Mäusen 33 Fälle und ferner 2 Tiphuserkrankungen gemeldet wurden, aber zu keinem Todesfall Veranlassung gegeben haben. Von selteneren anstrengenden Krankheiten kam ein Fall von Geistkrankheit vor. An Tuberkulose sind im ganzen 11 Personen ver-

storben, davon 9 an Lungentuberkulose, 2 an Tuberkulose anderer Organe.

Die neue Schule. Über dieses Thema wird der hier bereits bekannte Redner Jasper aus Frankfurt am Main am Donnerstag, dem 22. d. Ms. abends 8½ Uhr, in der Ernst-Moritz-Arndt-Schule sprechen. Der Vortrag wird von der heimischen Ortsgruppe des Bundes für Erziehung und Unterricht veranstaltet, doch sind auch Nichtmitglieder herzlich willkommen.

Die Commerz- und Privatbank Aktiengesellschaft hat vor dem Lübeckischen Staat fünf Millionen Reichsmark 7 % dreijährige Schatzanweisungen, fällig 1. Juli 1929, übernommen, die zum Kurs von 98½ % freihändig zum Verkauf gelangen.

Kreditbank Lübeck e. G. m. b. H. In der ordentlichen Generalversammlung, welche aus Mitgliederversammlungen sehr gut besucht war, wurde die von der Verwaltung der Bank vorbereitete Tagesordnung erledigt und dem Vorstand Entlastung erteilt. Die Aufsichtsratswahl ergab die Wiederwahl der tatsächlich auscheidenden Herren Schiffsmesser Adolf Bödenbauer und Kaufmann Wilhelm John. Neu in den Aufsichtsrat wurden die Herren Schiffsmesser Carl Stern in Firma Franz Heinrich, Lübeck, und Kaufmann Hans Stern in Firma Hans Stern, Lübeck, gewählt.

Unsere Reichsgesundheitswoche

Zingerzeige zur Belehrung.

Ein wenig, ein ganz klein wenig sind wir doch weitergekommen! ... Aus jüngerer wilhelminischer Zeit haben wir zwar noch das Erbe des "Büß- und Brittanies" in die Republik hingerichtet, aber endlich hat sich diese Republik doch darauf besonnen, daß der arbeitende Mensch unserer Tage zuerst etwas für seinen Körper tun muß, ehe er sich um seine Seele kümmern kann. Wir haben eine Reichs-Gesundheits-Woche.

Und der Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung hat gut schwere Fleisch in vielen hunderttausend Exemplaren in der Reichsdruckerei herstellen lassen, die dem gesamten Volke den Wert der Gesundheitspflege, den Wert einer naturnahen Lebensweise nachdrücklich in Herz und Hirn prägen sollen. Aber eins hat er, scheint es, vergessen. Er hat nicht

(B. R.) für die Bewilligung eintraten. Gegen Lippoldt und Genz wurde dieses denn auch genehmigt. — Der nächste Punkt sollte das Gewitter zur Entladung bringen. Es handelte sich um eine Erklärung der Denkmalskommission gegen die Vaterländischen Verbände, welche in anmaßender Weise den Stadtrat in einem Zeitungsinserat angegriffen hatten. Während der gesamte Stadtrat sich hinter die Kommission stellte, stellte sich der Vorsitzende auf die Seite der Bekämpfer. Als ihm Stadtr. Wacker deshalb Vorhaltungen machte, wurde er außergergt, ein heftiger Wortwechsel entpankt sich. Dr. Genz warf wieder mit Ordnungsrufen auf sich, die Wacker sich nicht gefallen ließ. Die Erregung steigerte sich derartig, daß die meisten Stadtverordneten ihre Plätze verließen und die Geschäftsfähigkeit und Abbruch der Sitzung verhinderten. — Von Sitzung zu Sitzung verschärfen sich die Zwischenfälle, wird die Stimmung gereizter; es ist nun wirklich höchste Zeit, daß die Gutten Stadtvertretung einen Vorschlag bringt, mit dem eine sprachlich: Arbeit möglich ist, das ist der Stadtrat sich und der Stadt Gutten schuldig.

Die Verhütung von Geisteskrankheiten

Von Oberarzt Dr. Enge.

Angesichts der Schwierigkeiten, die mit der Behandlung und Heilung geistiger Störungen verbunden sind und angesichts der Nachteile, die siehst eine im Beginn erzielte Geisteskrankheit für den Betroffenen und seine Umgebung mit sich bringen kann, hat der alte Satz „Vorbeugen ist besser als Heilen“ für die Seelenheilkunde besonders große Bedeutung. Eine wirksame Vorbeugung hat die Kenntnis der drohenden Schäden und der bedrohten Persönlichkeit zur Voraussetzung. Eine der wichtigsten Ursachen für die Entstehung von Geistesstörungen liegt in der Vererbung. Jedes Neugeborene stellt gewissermaßen in seinen Eigenschaften einen Auszug aus den Eigenschaften der Eltern dar. Die vorbeugende Sorge hat deshalb schon dem noch Ungeborenen zu gelten, hat bereits bei der Elternwahl zu beginnen. In erster Linie handelt es sich hier um geeignete Auslese, um eine Zuchtwahl. Diese Vorbeugung verfolgt als vornehmstes Ziel, von vornherein nur solche Menschen ins Leben treten zu lassen, die eine möglichst kräftige geistige Verfassung mit in die Welt bringen, um auch den starken und bösartigen Bevölkerungsgegenpunkte, die für die Zukunft jedes Volkes von Raum zu überschreitender Bedeutung sind, in bedeutschem Maße in den Hintergrund. Am radikalsten wäre die Verhinderung der Fortpflanzung geistig Abnormer oder auch schwer belasteter Personen überhaupt, in der Praxis freilich ungemein schwer durchführbar. Verbote der Eheschließung zwischen Geistesabnormalen, Unfruchtbarmachung geistig und fittlich Kranker und Minderwertiger, Forderung von Gesundheitszeugnissen vor Eingehen einer Ehe wären brauchbare Maßnahmen, um für künftige Geschlechter den Einfluß der Vererbung auf geistige Störungen herabzumindern. Namentlich stände in der Einführung eines Sterilitätsgesetzes ein aussichtsreicher Weg offen, um der durch Überwuchern Minderwertiger drohenden Entartung der Bevölkerung entgegenzuwirken. Nach den zurzeit geltenden Gesetzen sind solche Maßnahmen nicht zulässig. Zur Zeit sind wir, wollen wir Ehen zwischen geistig Gefährdeten verhindern, auf den bloßen Weg der Belehrung und Aufklärung angewiesen. Durch sie muß gesorgt werden, daß sicheres Wissen über die Gesetze der Vererbung des gejündeten und fränkhaften Seelenlebens weiteste Verbreitung findet und daß ein Verantwortungsgefühl für eine bewußte Zuchtwahl Allgemein gilt wird. Das wird vor allem auch eine Aufgabe der Erziehung sein. Alles was dieser Aufklärungsarbeit hervorragend kommt, sollte Unterstützung finden, so z. B. auch die Errichtung von örtlich geleiteten Erziehungsstellen.

Neben den bereits erwähnten, damit aber noch keineswegs erschöpfend aufgezählten Aufgabenzweigen muß im Rahmen einer lübeckischen Wohlfahrtspolitik die Pflege des Stiftungswesens einen bedeutsamen Platz einnehmen. Auch im Rahmen der neuen Behörde wird der Wunsch lebendig sein, das große Vorbild, das unsere Vorfahren auf dem Gebiete des Stiftungswesens gegeben haben, möge auch heute trotz aller wirtschaftlichen Bedrängnis, ja gerade wegen der unglaublich großen wirtschaftlichen Not, wirksam sein und zu neuen Stiftungen antreten. Neben den Kriegsopfern, Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, Tausenden von Invaliden, Kleinkindern und Sozialklienten, sind auf die Fürsorgearbeit der Behörde angewiesen. Im Rahmen der allgemeinen Fürsorge wird die Arbeit der Armenbehörde fortzuführen sein, wie wir hoffen, unter der tätigen Mitarbeit der Schar von Elternbeamten, die sich in Jahrzehnten erprobter Arbeit auf diesem Gebiete Kenntnis und Erfahrung erworben haben. Eine ungeheure Zukunft erfordert den planmäßigen weiteren Ausbau der Jugendwohlfahrtspflege. Das Wohnumase land mit all seinen zermürbenden und zerstörenden Wirkungen, mit all seinen wirtschaftlichen Hemmnissen, mit all seiner Steigerung des Fürsorgebedürfnisses verlangt gebietstisch Abschaffung; die Aufmerksamkeit und Erziehung hat uns erst jüngst wieder offenbart, wie sehr unsere Leistungen auf dem Gebiete der gemeinnützigen Rechtschafft und des Gütesens noch einer Steigerung bedürfen.

Weite Kreise des Volkes befinden sich gerade zurzeit in äußerst bedrückten schwierigen Lebensverhältnissen. Das Fürsorgebedürfnis ist in nie gekanntem Ausmaß gestiegen. Mit dem Fürsorgebedürfnis sind die Fürsorgeeinrichtungen ausgebaut. Je mehr aber die Fürsorge ausgebaut wird, um so mehr gilt es, auch die Gefahren einer sozialen Fürsorge ins Auge zu fassen. Diese Gefahr erkläre ich vor allem darin, daß die erwogene Unfähigkeit vielfach auch eine auf die Dauer nicht ausreichende

Trotz aller Bemühungen wird aber doch oft genug ein Kind mit krankhafter Anlage geboren. Eine angeborene Minderwertigkeit ist nicht mehr zu beseitigen. Es gilt aber, ihre schlimmen Erscheinungen nicht überwältigen zu lassen und die gefundenen Eigenarten in ihrer Entwicklung zu fördern. Alles was geschehen kann, um einem nun einmal geborenen psychisch Minderwertigen zu stärken und zu kräftigen, um ihn vor allem vor dem Verfall in Geisteskrankheit zu bewahren, hat man unter dem Begriff der individuellen Vorbeugung zusammengefaßt.

Nur die allerwichtigsten Vorbeugungsmaßnahmen können hier eine skizzähafte Besprechung finden.

Die Grundtäcke der allgemeinen Gesundheitslehre, Ernährung, Körperpflege, Erziehung usw. gewinnen für das belastete und traurig veranlagte Kind erhöhte Bedeutung.

In den ältesten Lebensmonaten liegt die Hygiene des Kindes in der Aufgabe der Ernährung. Der Vorteil der Ernährung mit Muttermilch ist überragend. Durch richtige Säuglings- und Kinderernährung kann für eine gesunde Nerven- und Gehirnentwicklung viel geleistet und viel verhindert werden. Besondere Aufmerksamkeit ist allen Infektionskrankheiten und Schädelverletzungen zu schenken, unter deren Einwirkung nicht selten geistige Störungen entstehen, namentlich wenn sie ein schon im Kräme geschädigtes Gehirn treffen.

Von größter Wichtigkeit für die Verhütung von Geisteskrankheiten ist es, daß das erblich bedrohte Kind schon in den ältesten Lebensjahren eine zielsbewußte, individualisierte, von psychiatrischen Gesichtspunkten geleitete Erziehung erfährt. Das Erziehungsziel liegt in der richtigen Vereinigung von Erziehung und Schönung, leichter im jüngsten Alter, erster bei der weiteren Entwicklung. Unter abnormen häuslichen Verhältnissen muß eine Erziehung außerhalb des Elternhauses durchgesetzt werden.

Eine beachtenswerte Zeit für das minderwertige und belastete Kind bildet ferner das schulpflichtige Alter. Entartete und belastete Kinder bedürfen im allgemeinen einer künstlichen Verlängerung der geistigen Entwicklung. Schwache Kinder müssen nicht vor dem 7. Lebensjahr in die Schule. Schulüberhöhung betrifft natürlich belastete und psychopathische Kinder am schwersten. Die Berufswahl ist für sie ein besonders schwieriger Schritt. Für sie ist ein Be-

Arbeit und Wohlfahrt

Die Tätigkeit der neuen Behörde

Wie kurz bricht, geben in der Versammlung der Behörde für Arbeit und Wohlfahrt Senator Gen. Hoff und Staatsrat Krebschmar einen Überblick über die Arbeit der Wohlfahrtseinrichtungen und über die Handlungen des Arbeitsgebietes der sozialen Verwaltung seit 1. April. Der Präsident Dr. Lint ging dann auf Einzelheiten ein, von denen wir folgendes hörten: Vier Behörden, die zum Teil viele Jahrzehnte hindurch wichtige Aufgaben der staatlichen Verwaltung wahrgenommen haben schließen sich in einen gemeinsamen Oberbau, in die Behörde für Arbeit und Wohlfahrt zusammen. Die sogenannte soziale Verwaltung ist damit im wesentlichen in einer Behörde zusammengefaßt.

Dieser Zusammenschluß vollzieht sich unter der Flagge „Arbeit und Wohlfahrt“. Jedes dieser beiden Worte bedeutet ein Programm der Pflege der Wohlfahrt, die eine Aufgabe der neuen Behörde, ist ein wesentlicher Teil der staatlichen Gemeinschaftstätigkeit zugunsten des einzelnen Staatsbürgers.

In der helfenden und vorsorgenden Fürsorge werden die einzelnen Zweige der Wohlfahrtspflege, unter selbstverständlicher, weitgehender Vereinfachung der mannigfachen engen Zusammenhänge ihrer Arbeitsgebiete, je nach der Eigenart der Aufgaben, auch fernab von ihren besonderen Weg gehen. Die sozialen Fürsorge, die Jugendarbeit, die wirtschaftliche Fürsorge und die Gesundheitsfürsorge. Der Zusammenschluß ist geeignet, die Einheitlichkeit der Arbeit zu steigern, Neubau- und Zuständigkeitswiderstreiten entgegenzuwirken, damit die Verwaltung zu vereinfachen und angleich die Fürsorgearbeit zu verbessern und zu vertiefen.

Eine einheitliche Wohlfahrtspolitik muß die möglichst nachdrückliche Förderung der freien Wohlfahrtspflege in ihrer Eigenart, in ihrer Selbstständigkeit, in ihren Wirkungsmöglichkeiten umschließen, die Pflege einer möglichst engen und harmonischen Zusammenarbeit mit den Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege erstreben.

Eine einheitliche Wohlfahrtspolitik erfordert des ferneren, neben der Ausübung der Fürsorge für die verschiedenen Gruppen der Bedürftigen in gesundheitlicher, wirtschaftlicher und erzieherischer Hinsicht, die planmäßige Förderung der körperlichen Erziehung von Jugendlichen und Erwachsenen, eine ausgiebige und zuverlässige Rechtsfürsorge für die Kreise, denen eine ausreichende Rechtshilfe sonst nicht zugänglich ist, eine Kreditsfürsorge, wie sie momentan für die wirtschaftlich bedrängten Kreise des Mittelstandes von Bedeutung ist, eine Wohnungsfürsorge, die mit aller nur ausbringbaren Kraft an der Befestigung unseres Wohnverhältnisse arbeitet.

Wohlfahrtspolitik im allgemeinen zur Hebung der wirtschaftlichen, ärztlichen und sozialen Volksträger, und Wohlfahrtspflege im einzelnen auf allen Gebieten des Lebens, auf denen die eigene Kraft der Volksgenossen nicht ausreicht, sich den notwendigen nach untern sozialen und kulturellen Ansprüchen des Mindestbedarfs an den Bürgern des Lebens zu sichern, das sind die Aufgaben, die auch der Behörde für Arbeit und Wohlfahrt gewiesen sind und deren staatspolitische, soziale und soziale Bedeutung von niemandem verkannt werden kann.

Neben den bereits erwähnten, damit aber noch keineswegs erschöpfend aufgezählten Aufgabenzweigen muß im Rahmen einer lübeckischen Wohlfahrtspolitik die Pflege des Stiftungswesens einen bedeutsamen Platz einnehmen. Auch im Rahmen der neuen Behörde wird der Wunsch lebendig sein, das große Vorbild, das unsere Vorfahren auf dem Gebiete des Stiftungswesens gegeben haben, möge auch heute trotz aller wirtschaftlichen Bedrängnis, ja gerade wegen der unglaublich großen wirtschaftlichen Not, wirksam sein und zu neuen Stiftungen antreten.

Tausende von Kriegsopfern, Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, Tausende von Invaliden, Kleinkindern und Sozialklienten, sind auf die Fürsorgearbeit der Behörde angewiesen. Im Rahmen der allgemeinen Fürsorge wird die Arbeit der Armenbehörde fortzuführen sein, wie wir hoffen, unter der tätigen Mitarbeit der Schar von Elternbeamten, die sich in Jahrzehnten erprobter Arbeit auf diesem Gebiete Kenntnis und Erfahrung erworben haben. Eine ungeheure Zukunft erfordert den planmäßigen weiteren Ausbau der Jugendwohlfahrtspflege. Das Wohnumase land mit all seinen zermürbenden und zerstörenden Wirkungen, mit all seinen wirtschaftlichen Hemmnissen, mit all seiner Steigerung des Fürsorgebedürfnisses verlangt gebietstisch Abschaffung; die Aufmerksamkeit und Erziehung hat uns erst jüngst wieder offenbart, wie sehr unsere Leistungen auf dem Gebiete der gemeinnützigen Rechtschafft und des Gütesens noch einer Steigerung bedürfen.

Weite Kreise des Volkes befinden sich gerade zurzeit in äußerst bedrückten schwierigen Lebensverhältnissen. Das Fürsorgebedürfnis ist in nie gekanntem Ausmaß gestiegen. Mit dem Fürsorgebedürfnis sind die Fürsorgeeinrichtungen ausgebaut. Je mehr aber die Fürsorge ausgebaut wird, um so mehr gilt es, auch die Gefahren einer sozialen Fürsorge ins Auge zu fassen. Diese Gefahr erkläre ich vor allem darin, daß die erwogene Unfähigkeit vielfach auch eine auf die Dauer nicht ausreichende

Berücksichtigung, die eigene Spannkraft der Bedürftigen erschafft, läßt die Fürsorge als das Natürliche, als das Gegebene, erscheint, und der Wille zur Selbsthilfe erlahmt. Dieser Gefahr gilt es zu begegnen. Nicht nur die Aufrechterhaltung der bedrohten äußeren Lebenshaltung, sondern vor allem die Erhaltung und Stärkung der inneren Kraft des Menschen muß die Aufgabe und das Ziel der Fürsorge sein.

Der Redner behandelte dann ausführlich die Arbeitspolitik und Arbeitsfürsorge, den Umstellungsprozeß der Wirtschaft, die Berufsberatung usw. Eine planmäßige Arbeitsmarktpolitik wird auch in der Erwerbslosenfürsorge nicht nur eine soziale Unterstützungsanstalt sehn dürfen. Im Rahmen einer solchen Arbeitspolitik sind die vom Gesetzgeber mannigfach gegebenen Möglichkeiten der Arbeitserhaltung und der Arbeitsbeschaffung restlos auszunutzen. Ist daneben aber die unterstüttende Erwerbslosenfürsorge durch eine produktive, wertehaftende Erwerbslosenfürsorge zu erreichen. Das System, nach dem wir diese Arbeit in Südbad aufgezogen haben, darf ich als bekannt voraussetzen. Es ist in den letzten Monaten durch ganz Deutschland bekannt geworden und zahlreiche andere Städte sind zurzeit bestrebt, die Arbeitsfürsorge nach Südbadem Muster auszubauen. Südbads Vorbild ist indessen in dieser Beziehung noch von keiner Stadt Deutschlands aus nur annähernd erreicht. Ein Vergleich ergibt, daß Südbad ständig ein Drittel seiner unterstützten Erwerbslosen mit tariflich gelehrten Notstandsarbeiten beschäftigt, während im Reichsdurchschnitt 4 vom Hundert, also nicht jeder dritte wie in Südbad, sondern jeder 25. unterstützte Erwerbslose zu Notstandsarbeiten berufen wird, für die dann aber vielfach auch nicht vollwertige Arbeitsbedingungen gewährt werden.

Aber nicht nur auf gesunde Arbeitskräfte darf eine planmäßige Arbeitspolitik eingestellt sein: Tausende von halben Arbeitskräften haben ein soziales, ein auch von der Reichsversicherung gewährleistetes Recht auf Arbeit. Hilfsmittelmaßnahmen der staatlichen Verwaltung sind aber auch dann unumgänglich, um die beschränkten Arbeitskräfte anzulernen, auszubilden, um sie wenigstens auf bestimmten Einzelgebieten zu vollwertiger Arbeitsleistung zu befähigen.

Im Jahre 1922 sind, auf das Jahr umgerechnet, 47 000 Arbeiter aus der nationalen Produktion ausgeschaltet gewesen, d. h. die Summe der durch die Wirtschaftskräfte ausgefallenen Arbeitstage entspricht der Arbeit von 47 000 Arbeitern für ein ganzes Jahr. Die erste Aufgabe der sozialen Verwaltung muß es sein, wenn unmittelbare Auseinandersetzungen zwischen den Tarifvertragsorganisationen nicht zur Verständigung führen, wenn auch die eigenen, selbstgehoffenen, vom öffentlichen Recht durchaus anerkannten und mit bedeutsamen Rechten ausgestatteten tariflichen Schlichtungsinstanzen eine Regelung nicht herstellen können, alsdann ihre guten Dienste zur Verfügung zu stellen und eine Schlichtung zu versuchen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß auf diesem Gebiete bei der heute noch festzustellender Unzulänglichkeit der tariflichen Schlichtungseinrichtungen eine weite, nützliche Betätigungs möglichkeit für die staatliche Verwaltung besteht, und daß die Bedeutung, die Notwendigkeit und der Segen dieser Tätigkeit auch von den Beteiligten immer gerichtet gewürdigt wird.

Die Behörde für Arbeit und Wohlfahrt weiß es zu würdigen, daß die wirtschaftlichen und sozialen Interessen gerade jetzt die Einführung ihrer äußersten Kraft erfordern, um die Schäden der Wirtschaftskrise zu mindern, um dem wirtschaftlichen Wiederaufbau die Wege zu ebnen.

Die deutsche Wirtschaft hat geradezu ein Lebensinteresse an einer gut ausgebauten, verständig arbeitenden Wohlfahrtspflege. Was nützt uns aller Gründergeist, alle Schaffenskraft und Organisationsfähigkeit des deutschen Industrieführers, wenn die Arbeitskraft des Volkes verfällt, die Spannkraft des deutschen Arbeiters erlahmt, wenn vor allem die soziale Verwaltung nicht für gesunde Lebensbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten für die deutsche Jugend sorgt und ihrer körperlichen, geistigen und sozialen Entwicklungsmöglichkeiten die Wege ebnet? Die deutsche Wirtschaft und die deutsche Wohlfahrtspflege sind auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden.

Zum Schluß wird der Redner auf die Denkschrift der Handelskammer und die Vereinfachung der Verwaltung hinweisen. Welche starke Vereinfachung der Verwaltung trotz aller Abdankung nach den letzten Jahren auch bis in die letzte Zeit hinein im Aufgabenbereich der Behörde vorgenommen ist, ergibt sich daraus, daß heute die durch die wirtschaftliche Not unendlich gestiegerte Arbeit im wesentlichen von den besten Kräften geleistet werden muss, die auch bei günstigeren Verhältnissen bereits voll angespannt waren.

Die Arbeit der Behörde ist unter die schönen, schlichten und doch so großen und inhaltreichen Worte gefasst: Arbeit und Wohlfahrt. Beides aber, Arbeit und Wohlfahrt, zielt auf den Menschen ab. Der Mensch, der von der Not bedroht wird, der in Not geratene Mitmenschen soll der Gegenstand unserer Sorge und Fürsorge, unserer Liebe und Fürsorge sein. Ihnen wollen wir zu helfen suchen im Sinne des Sakes von Seneca: „Der Mensch ist dem Menschen ein heilig Ding!“

Frühzeitig müssen die Erzieher bei belasteten Kindern die Aufmerksamkeit auf die geschlechtliche Sphäre richten. Eine rechtzeitige, verständige Aufklärung über geschlechtliche Fragen ist unerlässlich, namentlich in den Entwicklungsjahren. Alle geistigen Veränderungen in der Entwicklungszzeit müssen besonders sorgfältig beobachtet werden. Beim Auftreten starker Triebe zu widernatürlichen und verbrecherischen Handlungen ist unbedingt ein lachendiger Arzt heranzuziehen. So ist auch in der Fürsorgeerziehung die Mitarbeit des Psychiaters unerlässlich, der über den Geisteszustand der Jünglinge Aufschluß gibt.

Bei der geistigen Hygiene der Erwachsenen stehen Fernhaltung von Syphilis und Alkoholismus an der Spitze der vorliegenden Forderungen. Für einen geistig Minderwertigen bedeutet naturgemäß die Erwerbung einer Syphilis eine noch größere Gefahr als für einen Menschen mit gesundem und vollwertigem Herzenfeste. Alles, was dem Kampf gegen die Syphilis dient (Aufklärung über die Gefahren der Geschlechtskrankheiten, Sanierung der Prostitution usw.), dient auch der Verhinderung geistiger Erkrankungen.

Eine gleich dringende Aufgabe psychiatrischer Verhinderung bildet die Bekämpfung des Alkoholismus. Hier muß aber auch alles unterstützt werden, was zu diesem Ziele führen kann. Für den Belasteten, den Minderwertigen ist vollkommen Alkoholentzugsbehandlung in allen Lebensperioden dringend geboten.

Selbst noch auf der absteigenden Lebensbahn liegen für den Belasteten in höherem Grade als für den Gesunden mancherlei Gefahren zu geistiger Erkrankung. Deshalb bedarf das Alter der Rückbildung, bei Frauen schlechthin Klimakterium genannt, unserer besonderen Aufmerksamkeit. In ihm sind grundsätzlich Schonung und Vorsicht in der gesamten Lebensführung nötig.

Beim Manne ist es vor allem die Gefäßverfestigung, durch welche Geisteskrankheiten der verschiedensten Art im Alter der Rückbildung hervorgerufen werden können. Ihre Verhinderung bedarf sich vor allem mit der Verhinderung von Syphilis und Alkoholismus, bezweckt im übrigen die Fernhaltung aller das Nervensystem erschöpfenden Momente, die den Anstoß zum Ausbruch des Leidens geben können.

Im Dienste der Verhinderung von Geisteskrankheiten fallen dem praktischen Arzte und Hausarzte schwierige, aber lohnende Aufgaben zu.



ruf zu wählen, der neben leichterer geistiger Tätigkeit vorzugsweise körperliche Beschäftigung verlangt und wenig Austrégung und Verantwortung mit sich bringt. Am meisten zu empfehlen ist Berufstätigkeit in Landwirtschaft, Gärtnerei und leichten Handwerksbetrieben. Auszubildende sind Berufssarten, bei denen die Gelegenheit zu regelloser Lebensführung, zum Verluststreben und zu allerlei sonstigen Auszehrungen eine grobe ist.

